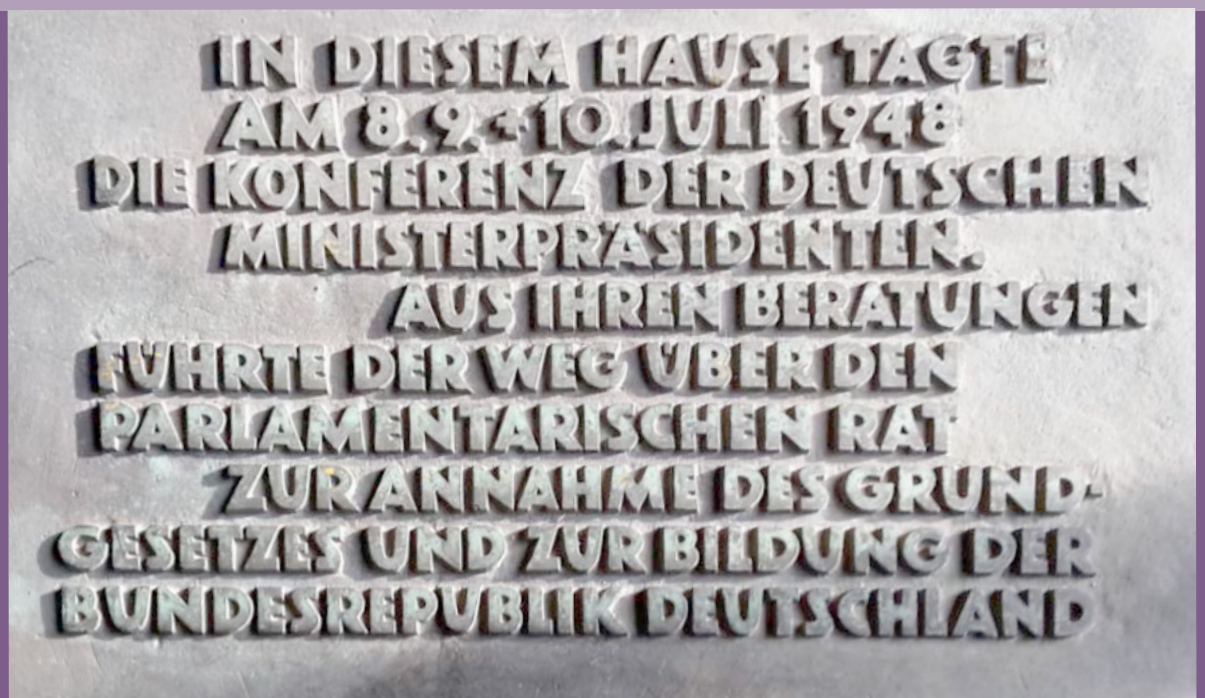


Horst Ortmann

## DIE RITTERSTURZKONFERENZ

Verkannt und vernachlässigt!





**Hildesheimer Beiträge zu Theologie und Geschichte**

Reihe B: Geschichte und Geschichtsdidaktik

Herausgegeben von Mario Müller und Martin Schreiner

Band 9

Horst Ortmann

Die Rittersturzkonferenz

Verkannt und vernachlässigt!

**UV** Universitätsverlag  
Hildesheim

**2017**

## Impressum

Dieses Werk ist mit der Creative-Commons-Nutzungslizenz  
«Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitung 3.0 Deutschland»  
versehen. Weitere Informationen finden sind unter:  
<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Universitätsverlag Hildesheim  
Universitätsplatz 1  
31141 Hildesheim

Erstausgabe Hildesheim 2017  
Redaktion & Satz: Kathrin Duckstein  
Fotografie auf dem Titelblatt: Gedenktafel © Horst Ortmann  
© Logo HiBTG: Jan Jäger, Hannover  
E-Publikation (Open-Access) <http://dx.doi.org/10.18442/738>  
Online-ISSN 2509-9841

## Zitierempfehlung

Horst Ortmann: *Die Rittersturzkonferenz. Verkannt und vernachlässigt!*  
Hildesheim: Universitätsverlag Hildesheim 2017 (Hildesheimer Beiträge zu Theologie und  
Geschichte, Bd. 9, Reihe B: Geschichte und Geschichtsdidaktik).  
E-Publikation (Open-Access) <http://dx.doi.org/10.18442/738>

## Zum Autor



**Horst Ortmann**, geb. am 9. Juni 1945 in Hildesheim, studierte von 1969 bis 1973 Germanistik und Geschichte für das Höhere Lehramt in Hannover. Nach seinem 1. Staatsexamen 1973 war er 1974/75 Referendar am Studienseminar Oldenburg und schloss sein Referendariat 1975 mit dem 2. Staatsexamen ab. Von 1975 bis 2010 unterrichtete er als Gymnasiallehrer in Groß Ilsede, absolvierte von 1979 bis 1981 ein berufsbegleitendes Fernstudium der Katholischen Theologie und erwarb 1981 die Lehrberechtigung für Katholische Religion. Als Fachbereichsleiter für Katholische Religion und für Geschichte war er von 1981 bis 2010 tätig. Nach seiner Pensionierung 2010 wurde er 2011 als Doktorand des Fachbereichs I Erziehungs- und Sozialwissenschaften der Universität Hildesheim angenommen und von Herrn Prof. Dr. Michael Gehler betreut. Am 4. Juli 2014 schloss er sein Promotionsvorhaben ab. Seine Dissertation galt der Erforschung von Politik und Sport in der DDR und der BRD am Beispiel

des Segelflugs. Sowohl vor als auch nach der Promotion galt seine Aufmerksamkeit der Erforschung von zeitgeschichtlichen Themen wie zum Beispiel der Stalinnote und der Entstehung der Bundesrepublik. Darüber hinaus widmete er sich der staats- und rechtswissenschaftlichen Literatur des 17. und 18. Jahrhunderts. Zentrales Thema waren die Kurfürsten und das Kurkolleg.

Neben seiner Mitarbeit im Forschungskolloquium am Institut für Geschichte an der Universität Hildesheim und seinem Interesse für Europa-Gespräche forscht er über den Rhein im Wandel der deutsch-französischen Beziehungen.

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einleitung. ....</b>	<b>6</b>
<b>2. Die Londoner Sechsmächtekonferenz. ....</b>	<b>7</b>
<b>3. Die Frankfurter Dokumente. ....</b>	<b>11</b>
<b>4. Entscheidung für Koblenz. ....</b>	<b>14</b>
<b>5. Die Antwort der Ministerpräsidenten an die Westalliierten. ....</b>	<b>18</b>
<b>6. Der Einfluss Adenauers auf das Konferenzergebnis ....</b>	<b>23</b>
<b>7. Mediale Aufmerksamkeit. ....</b>	<b>25</b>
<b>8. Bedeutung der Konferenz für die Entstehung des Grundgesetzes. ....</b>	<b>28</b>
<b>9. Fazit und Ausblick. ....</b>	<b>29</b>

## 1. Einleitung

«Von entscheidender Bedeutung für die politische Geschichte Deutschlands nach der Katastrophe von 1945 hat sich das Jahr 1948 erwiesen.»<sup>1</sup> In diesem Jahr fiel die Entscheidung für ein geteiltes Deutschland. Das führte letztendlich zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland am 23. Mai 1949 und der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949.

Dazu hatten etliche Geschehnisse und Fakten im Vorfeld beigetragen. Nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 herrschte ein Vakuum vor, das es auszufüllen galt. Nicht die Deutschen nahmen das Blatt in die Hand, sondern die Alliierten der Potsdamer Konferenz. Herrschte unter ihnen zunächst noch Einigkeit im gemeinsamen Vorgehen gegenüber Deutschland als Ganzes vor, sollte sich das spätestens seit der Rede des amerikanischen Außenministers James Byrnes am 6. September 1946 in Stuttgart ändern. Diese Rede gab unmissverständlich zum Ausdruck, dass die Amerikaner dem deutschen Volk helfen wollten, seinen Weg zurück in die Freiheit zu finden, notfalls auch gegen den Widerstand der Sowjetunion.<sup>2</sup>

Im Bemühen beider Großmächte um Konsolidierung ihrer «im Zweiten Weltkrieg gewonnenen Einflußsphären»<sup>3</sup> kam es unter ihnen bereits im Frühjahr 1946 zu Spannungen. In Folge davon gab der amerikanische Militärgouverneur General Lucius Clay das Ziel der amerikanischen Deutschlandpolitik dem Länderrat der amerikanischen Zone bekannt. Sollte sich demnach eine einvernehmliche gesamtdeutsche demokratische Regierung, die die Menschenrechte garantiere, nicht herstellen lassen, dann wenigstens eine westdeutsche.<sup>4</sup> Ein Treffen der Außenminister der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion im November 1947 in London verlief ergebnislos. Zu einer Annäherung der einzelnen Mächte in der deutschen Frage kam es nicht, so dass im Februar 1948 eine Sechsmächtekonferenz ohne die UdSSR in London anberaumt wurde. Dort einigten sich die Vertreter der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs in ihrer Abschlussberatung am 7. Juni 1948 über die Schaffung eines westdeutschen Staates. Die Militärgouverneure der einzelnen Westzonen sollten die Ministerpräsidenten der elf Länder davon unterrichten und ihnen die Vorgaben der Westalliierten überreichen.<sup>5</sup> Überdies torpedierten die Truman-Doktrin, der Marshallplan, die Währungsreform und die Berlinblockade die Weststaatlösung.

In Koblenz fand dann vom 8. bis zum 10. Juli 1948 erstmals eine Konferenz der Ministerpräsidenten der westdeutschen Besatzungszonen statt, wozu der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz eingeladen hatte. Behandlungspunkt in diesen drei Tagen waren die sogenannten Frankfurter Dokumente. Die Ministerpräsidenten erhielten Order, zu diesen Dokumenten innerhalb von drei Tagen Stellung zu nehmen.

Diese Konferenz, vor allem als Rittersturzkonferenz bekannt, wurde in ihrer Bedeutungsvielfalt in der wissenschaftlichen Literatur bislang nur wenig bzw. kaum berücksichtigt. Ihr wurde nicht der Stellenwert zuerkannt, den sie für die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland einnahm. Das gilt auch für die Erinnerungen Adenauers. In diesen erwähnte er in seinem ersten Band die Konferenz nur beiläufig.<sup>6</sup>

1 Kurt Georg Wernicke (Hrsg.), *Der Parlamentarische Rat : 1948–1949, Akten und Protokolle*, Bd. 1, Boppard am Rhein 1975, S. VII.

2 Heribert Schwan/ Rolf Steininger (Hrsg.), *Besiegt, besetzt, geteilt. Erinnerungen an Deutschland 1945 bis 1949*, München 2010, S. 29 f.

3 Wernicke, *Der Parlamentarische Rat*, S. XIII.

4 Ebd.

5 Schwan/ Steininger, *Besiegt*, S. 38 ff.

6 Konrad Adenauer, *Erinnerungen 1945–1953*, S. 149 ff., in: [www.konrad-adenauer.de/stichworte/adenauer-konrad/erinnerungen](http://www.konrad-adenauer.de/stichworte/adenauer-konrad/erinnerungen).

In seinen Teegesprächen wird auf das Koblenzer Geschehen gar nicht eingegangen.

War diese Konferenz für die Gründung der Bundesrepublik Deutschland grundlegend? Warum fand sie in der französischen Besatzungszone statt? Warum gerade in Koblenz? Wer wurde zu dieser Konferenz geladen? War die Presse anwesend? Wie war der Verlauf der Konferenz? Welche Ergebnisse wurden erzielt? Genügten diese Ergebnisse den alliierten Vorgaben? In welcher Weise konnten die als Beobachter zugelassenen Parteivorsitzenden Einfluss nehmen? Wurde das Streben nach der Einheit Deutschlands aufs Spiel gesetzt? Wie sollte der zu schaffende westdeutsche Staat beschaffen sein? Wie wurde diese Konferenz in der Öffentlichkeit wahrgenommen? Wie reagierte die UdSSR auf diese Konferenz?

Die Auseinandersetzung mit diesen und ähnlichen Fragen soll meine These erhärten, dass die Rittersturzkonferenz grundlegend für die Gründung der Bundesrepublik Deutschland war und wesentlich mit dazu beigetragen hat, dass durch Augenmaß die Einheit Deutschlands vorbereitet wurde. Auch, wenn es dazu erst nach gut vierzig Jahren später kam.

## 2. Die Londoner Sechsmächtekonferenz

Diese Konferenz fand vom Februar bis Juni 1948 unter Federführung der Amerikaner statt. Ähnlich wie sie dachten auch die Briten. Da beide nicht mehr an ein einvernehmliches Vorgehen mit der UdSSR glaubten, wollten sie sowohl Frankreich als auch die Benelux-Staaten für ihr Vorhaben gewinnen.

Behandlungspunkte waren die zukünftige wirtschaftliche und politische Verfassung des westdeutschen Staates, die Frage nach den Grenzen der einzelnen Bundesländer, Sicherheitsvorkehrungen und die Ruhrkontrolle.

Die deutsche Wirtschaft sollte mit der westeuropäischen möglichst eng verknüpft werden, das Ruhrgebiet einer internationalen Kontrolle unterstellt, die Kohlen-, Koks- und Stahlproduktion in das europäische Wirtschaftsprogramm einfließen und allen beteiligten Ländern zugute kommen. Das würde dem allgemeinen Wohlergehen dienen.

Nachdem die Außenministerkonferenz in London im November 1947 zu keinem Ergebnis geführt hatte, waren vor allem die USA an einer raschen Lösung Deutschlands interessiert. So kam es im Februar 1948 zu einer Sechsmächte-Konferenz in London. Diese fand nicht auf der Außenministerebene statt, sondern auf der diplomatischen (Botschafter). Damit wollten die Westmächte die Bedeutung herunterspielen, um die UdSSR nicht zu verärgern. Diese hielt auch weiterhin an ihrem Vorhaben, Einfluss auf das gesamte Deutschland zu nehmen, fest.

Franz Josef Strauß beurteilte die Sechsmächte-Konferenz als ein konsequentes und überfälliges Handeln der Westalliierten:

«Nun aber, im Februar 1948, angesichts des drohenden kommunistischen Umsturzes in der Türkei und in Griechenland und zwölf Tage vor der Machtergreifung der Kommunisten in der Tschechoslowakei unter Klement Gottwald, zwei Monate nach Scheitern der Londoner Außenminister-Konferenz, war der US-amerikanischen politischen Führung endlich klar geworden, was in Europa auch für die Vereinigten Staaten von Amerika auf dem Spiel stand.»<sup>7</sup>

Strauß mutmaßte, dass Stalin zunächst einmal Deutschland und dann das gesamte Europa in seinen Besitz nehmen wollte. Amerika würde damit in Westeuropa nichts mehr ausrichten können, sowohl politisch, wirtschaftlich als auch kulturell. Noch rechtzeitig hätten Amerikaner und Engländer aber begriffen, dass es im Besonderen um «die Bewahrung der Freiheit» ging.<sup>8</sup> 1948 hatte für Strauß somit eine

<sup>7</sup> Ansprache des Bayerischen Ministerpräsidenten und Vorsitzenden der Ministerpräsidenten-Konferenz, Dr. h.c. Franz Josef Strauß, am 7. Juli 1988 in Koblenz, in: Stationen auf dem Weg zum Grundgesetz, hrsg. vom Bundesrat, Bonn 1988, S. 17.

<sup>8</sup> Ebd., S. 18.



epochale Bedeutung. Dazu zählten u. a. die Londoner Empfehlungen.<sup>9</sup> Diese waren das Ergebnis der Sechsmächtekonferenz, die in zwei Phasen in London tagte. Zum einen vom 23.2. bis 6.3., zum anderen vom 20.4. bis 2.6.1948. Dabei ging es vor allem um die Bildung eines westdeutschen Staates. Ähnlich sieht es auch Gerd Wehner, der diese Konferenz «als die entscheidende Nahtstelle in der Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland» beurteilte, obwohl die Delegierten lediglich über «die kurz- und langfristigen Probleme Deutschlands» sprechen wollten.<sup>10</sup> Nach Wolfgang Benz war es alles andere als einfach, dafür auch die Franzosen zu gewinnen. Sie wollten vor allem eine Sicherheitsgarantie. Nie wieder sollte von Deutschland ein Krieg ausgehen, der gegen Frankreich gerichtet war.

«Das bedeutete, dass die Pariser Wünsche nach einem extrem föderalistischen deutschen Staatenbund zugunsten einer mäßigen, aber genügend handlungsfähigen deutschen Zentralgewalt zurückgedrängt und durch Entgegenkommen in der Sicherheitsfrage und der internationalen Kontrolle des Ruhrgebiets kompensiert werden mussten.»<sup>11</sup>

Um die Franzosen mit ins Boot zu nehmen, fanden bereits vor Konferenzbeginn Absprachen zwischen den USA und Großbritannien statt. Diese Absprachen bezogen sich auf sieben Punkte:

«1. Beteiligung der Beneluxstaaten an der langfristigen Politik Westdeutschlands, 2. Verhältnis Westdeutschlands zum European Recovery Programme, 3. Ruhrkontrolle, 4. Sicherheit vor Deutschland, 5. Reparationslieferungen, 6. Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Struktur der drei westlichen Zonen, 7. Provisorische territoriale Anordnungen».<sup>12</sup>

Für die Amerikaner war die Wirtschaft vor allen anderen Behandlungspunkten vorrangig. Sie wollten ein einheitliches westeuropäisches Wirtschaftsgebiet schaffen. Westdeutschland sollte als gleichberechtigter Partner mit einbezogen werden. Die wirtschaftliche Gesundung sollte die politische Integration vorbereiten: «Die wirtschaftliche Lage war damit zu einem wichtigen Faktor der deutschen Politik und zu einer der entscheidenden Antriebskräfte für die schnelle Bildung eines westdeutschen Staates geworden.»<sup>13</sup> Großbritannien wollte dagegen zunächst einmal die Verfassungsfrage geklärt wissen. Möglichst schnell sollte dann eine westdeutsche Regierung geschaffen werden, was Frankreich zunächst einmal entschieden ablehnte. Um den «Wiederaufbau Deutschlands» zu verzögern, sprach sich Frankreich für eine größtmögliche Zerstückelung Deutschlands aus. Auf diese Weise würde Deutschland in seiner Handlungsweise geschwächt. Vor einer wirtschaftlichen und politischen «Erholung» drängte Frankreich im Besonderen auf Sicherheitsgarantien.<sup>14</sup> Diese wurden dann auch im Schlusskommunique der Londoner Sechsmächte-Konferenz berücksichtigt.<sup>15</sup> Sie unterteilten sich in drei Abschnitte: Zum einen wurde die besondere Verantwortung der Westalliierten gegenüber Deutschland herausgestellt, zum anderen ihre Vorgehensweise während und nach der Besatzungszeit. Höchste Priorität habe die Wiederherstellung des Friedens in Europa. Dem hätten sich alle Maßnahmen unterzuordnen. Es sollte gewährleistet werden, dass von Deutschland nie wieder eine Bedrohung ausgehen würde. Deshalb müsste es vollständig entwapfnet und

9 Ebd., S. 20.

10 Gerd Wehner, Deutschland der Westalliierten. Die Londoner Sechsmächtekonferenz, in: 50 Jahre Rittersturzkonferenz 1948–1998. Die Stunde der Ministerpräsidenten, hrsg. v. Heinz-Günther Borck/Friedrich P. Kahlenberg/Heinz Peter Volkert/Karl-Jürgen Wilbert, Koblenz 1998, S. 18.

11 Wolfgang Benz, Auftrag Demokratie. Die Gründungsgeschichte der Bundesrepublik und die Entstehung der DDR 1945–1949, Bonn 2010, S. 326.

12 Wehner, Deutschland der Westalliierten, S. 19.

13 Johannes Volker Wagner, Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle, Bd. 1, Vorgeschichte, hrsg. v. Kurt Georg Wernicke/Hans Booms, Boppard am Rhein 1975, S. XXIV. Dass die Wirtschaft die politische Konstellation vorbereitete, ist in der Geschichte nichts Neues. So hatte z. B. die Industrielle Revolution des 19. Jahrhunderts die Politik beträchtlich beeinflusst. Auf die wirtschaftliche Einheit folgte die politische.

14 Ebd., S. 19 f.

15 Schlußkommunique der Londoner Sechsmächte-Konferenz über Deutschland, Berlin, 7. Juni 1948, in: Johannes Volker Wagner, Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle, Bd. 1, Vorgeschichte, hrsg. v. Kurt Georg Wernicke/Hans Booms, Boppard am Rhein 1975, S. 1–17.



entmilitarisiert werden. Dazu sollten die Militärgouverneure in den Westzonen eine Sicherheitsbehörde einrichten, die diese Belange ständig kontrollierte, ebenso die Wirtschaft und die Wissenschaft.<sup>16</sup>

Im Anhang des Kommuniqués wurde französischen Forderungen im Besonderen entsprochen.<sup>17</sup> Die Wirtschaft der Ruhr sollte international kontrolliert und der «wirtschaftliche(n) Wohlfahrt» Westeuropas dienen. Die Kohlen-, Koks- und Stahlproduktion Deutschlands wurde damit in erheblichem Maße geschwächt und international verwaltet. Vertreter «der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs, Frankreichs, der Niederlande, Belgiens, Luxemburgs und Deutschlands»<sup>18</sup> erhielten das Recht behördlicher Verwaltung, wobei anstehende Entscheidungen mehrheitlich zu beschließen waren. Während die USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland mit je drei Stimmen bedacht wurden, erhielten die Niederlande, Belgien und Luxemburg je eine Stimme. Zur Durchführung sämtlicher Entscheidungen bedurfte es der Kontrolle und Genehmigung der alliierten Militärgouverneure. An allen von der internationalen Behörde getroffenen Entscheidungen hatte sich vor allem auch die deutsche Regierung zu halten. Andernfalls wurde sie mit Nachdruck dazu gezwungen.<sup>19</sup>

Diese Maßnahmen stellten eine «Prinzipienerklärung» dar und sollten zu einem späteren Zeitpunkt in ein differenziertes «Übereinkommen über die Errichtung der Internationalen Behörde» einfließen.<sup>20</sup>

Dem Sicherheitsbedürfnis Frankreichs wurde zwar Rechnung getragen, aber nur in einem eingeschränkten Sinne. Es konnte nicht allein entscheiden, sondern nur unter Hinzuziehung der anderen Westalliierten. Die USA und Großbritannien stimmten schon vor Beginn der Sechsmächte-Konferenz ihr Vorgehen ab. Zusammen erhielten sie ein Stimmrecht, mit dem sie Frankreich im Zaum halten konnten. Andererseits waren sie jedoch auf Frankreich angewiesen, um gestärkt gegenüber der UdSSR auftreten zu können. Diese versuchte immer wieder das westliche Lager zu spalten.<sup>21</sup>

Einig waren sich die Teilnehmer der Sechs-Mächte-Konferenz über die grobe politische Marschrichtung. Über die Schaffung eines demokratischen Staates mit einer föderalistischen Struktur. Über die Machtbefugnisse zwischen Zentral- und Länderregierungen gab es jedoch unterschiedliche Vorstellungen. Während die Amerikaner das föderalistische Prinzip am stärksten betonten, zogen es die Briten vor, zwischen Zentralgewalt und Ländern einen Ausgleich zu schaffen. Die Franzosen dagegen traten für eine merkliche Schwächung der Zentralregierung ein.<sup>22</sup>

Obgleich die Amerikaner für eine weitreichende Autonomie der Länder eintraten und diese finanziell und kulturell von der Zentralregierung unabhängig sein sollten, durfte die Zentralregierung jedoch nicht so geschwächt werden, dass sie anstehende Probleme im wirtschaftlichen und politischen Bereich etwa nicht bewältigen konnte. Zentralregierung und Länderregierungen stellten je eine Kammer dar. Dabei sollte nicht die Bevölkerung die Regierungen wählen, sondern ihre Volksvertreter. Angesichts der nationalsozialistischen Vergangenheit hielten die Amerikaner die deutsche Bevölkerung für unmündig, so dass auch die Verfassung von den Volksvertretern zustande kommen sollte.<sup>23</sup>

Großbritannien wollte, dass Zentralgewalt und Länder untereinander in Konkurrenz traten und zu gleichen Teilen sowohl die legislative als auch die exekutive Macht innehatten. Damit glaubte es, politische, gesetzliche, wirtschaftliche und finanzielle Belange effektiv realisieren zu können.<sup>24</sup>

Frankreich zielte auf eine weitreichende Schwächung der Zentralgewalt ab. Wenige Einnahmen aus der Steuererhebung durch die Länder, keine eigene Finanzverwaltung sowie Steuererhebung. Dagegen sollte den Ländern die bestimmende Macht zukommen. Auch sollte der Souverän nicht das deutsche

16 Ebd., S. 13 f.

17 Der Anhang handelte von der internationalen Kontrolle der Ruhr und wurde auf ausdrücklichem Wunsch Frankreichs dem Kommuniqué beigegeben.

18 Ebd., S. 14–17.

19 Ebd.

20 Ebd., S. 17.

21 Vergleiche dazu die Berlinblockade und die Stalin-Note.

22 Wehner, Deutschland der Westalliierten, S. 20 ff..

23 Ebd.

24 Ebd.

Volk sein. Andernfalls würde die Gefahr einer neuen Diktatur bestehen.<sup>25</sup>

Differenzen unter den Westalliierten gab es auch zur Verfassungsbildung. Während die Amerikaner dafür plädierten, dass die Deutschen ihre Verfassung selbständig ausarbeiten sollten, um demokratisches Verständnis zu lernen, wollten Briten und Franzosen Kriterien vorgeben, nach denen sich die Verfassungsschöpfer zu richten hatten. Schließlich einigten sich die Alliierten auf einen «letter of advice». Dieser Begleitbrief umfasste folgende Kriterien:

Die zu bildende Regierungsstruktur sollte eine Legislative mit zwei Kammern erhalten, die Exekutive eine einschränkende und kontrollierbare Macht, erzieherische und religiöse Belange in Händen der Länder liegen, über finanziell begrenzte Machtbefugnisse verfügen, die sich auch auf die Besteuerung beziehen müssten. Wichtig sei auch eine unabhängige Justiz. Diese sollte sowohl die Bundes- als auch Ländergesetzgebung kontrollieren. Die Militärgouverneure schließlich hätten die wichtige Aufgabe, über die Einhaltung dieser Kriterien zu wachen.<sup>26</sup>

Sie machten deutlich, dass der Bund in finanzieller Hinsicht beschnitten werden sollte. Dadurch würde auch die Zentralgewalt an Einfluss verlieren sowie Deutschland insgesamt geschwächt werden. Das aber war vorrangig das Anliegen der Franzosen.

Streit unter den Westalliierten gab es weiter über polizeiliche Aufgaben des Bundes. Diese sollten möglichst gering sein. Die Kontrolle darüber hätten die Militärgouverneure.<sup>27</sup>

Auch über das Besatzungsstatut gab es unter den Alliierten unterschiedliche Meinungen. Es ging um die Frage der Kontrolle der Besatzungsmächte und um Angelegenheiten, die Deutsche selbst zu regeln hatten. Einig waren sich die Alliierten in der eigenen Wahrnehmung folgender Rechte: Außenbeziehung, Außenhandel, Wirtschaft. Während sowohl Amerikaner als auch Briten auf eine frühzeitige Selbstständigkeit der Deutschen hinarbeiteten, versuchten Franzosen diese möglichst lange hinauszuzögern.<sup>28</sup>

Besonderes Augenmerk wurde in den Londoner Empfehlungen auf die deutsche Frage gelenkt:

«Das Londoner Kommuniqué hatte deshalb ganz bewußt den Einheitsaspekt in den Vordergrund gerückt und die in den Westzonen angestrebte Entwicklung nicht als Hindernis, sondern als einen ersten konkreten Schritt auf dem Weg zur deutschen Einheit darzustellen versucht, der eine Viermächtevereinbarung über Deutschland nicht erschweren, sondern erleichtern sollte.»<sup>29</sup>

Ausdrücklich wurde im Kommuniqué auf die zukünftige Regierungsform im westdeutschen Staat hingewiesen. Frei und demokratisch. Allein diese sollte die deutsche Einheit ermöglichen. Im Umkehrschluss bedeutete das: Die deutsche Einheit wird erst dann geschehen, wenn sich die sowjetische Zone dieser Bedingung beugt.<sup>30</sup> Selbst die Verlockungen der Stalin-Note im Jahr 1952 konnten nicht trumpfen. Es bedurfte noch Jahrzehnte bis es zur deutschen Einheit kam. Dafür dann aber in Freiheit und Gleichheit. Die Menschenrechte waren bestimmendes Merkmal. Nicht der Staat mit all seinen Organen stand im Mittelpunkt, sondern der Mensch.<sup>31</sup> Das sollte nach westalliierten Vorstellung auch in der Ostzone so sein. Dazu müsste eine Verfassung geschaffen werden, die die persönlichen Rechte in den Vordergrund

25 Ebd.

26 Ebd.

27 Ebd.

28 Vgl. Wehner, der die unterschiedlichen Gedanken der Alliierten zum Besatzungsstatut auflistet. Wehner, Deutschland der Westalliierten, S. 24–30.

29 Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers (For Rel.) 1948, II, S. 211, 219, 275 f., zit. n. Wagner, Der Parlamentarische Rat, S. XXI f. /Vgl. auch die Äußerung von General Clay auf einer Pressekonferenz am 12. Juni 1948, wenige Tage nach der Veröffentlichung des Kommuniqués (Neue Zeitung (NZ), 13.6.1948, Süddt. Zeitung, 15.6.1948, zit. n. Wagner, Der Parlamentarische Rat, S. XXII.

30 Was am 7. Juni 1948 gefordert wurde, trat dann am 3. Oktober 1990 ein. Richtig ist, dass sich die ehemalige DDR in allen Bereichen der Struktur der BRD angeglichen hat. Politisch, wirtschaftlich, sozial und auch weitgehend kulturell. So durften z. B. die Bürger dieser untergegangenen Republik von nun an ihren Glauben frei und unbehelligt leben, ohne dabei Nachteile einbüßen zu müssen.

31 Das wurde im Grundgesetz beherzigt. Die Grund- und Menschenrechte stehen an erster Stelle. Sowohl in Absetzung zur düsteren Vergangenheit des Nationalsozialismus als auch zur Verfassung der DDR.

stellte. Auch sollte sie die deutsche Einheit festschreiben.

Wie nahmen nun die deutschen Politiker die Londoner Empfehlungen auf? Sie wurden am 1. Juli 1948 den Ministerpräsidenten der westzonalen Länder in abgeänderter Form als Frankfurter Dokumente übergeben. Danach setzte eine rege Diskussion ein. Es ging um inhaltliche und terminologische Fragen und Gesichtspunkte. Vor allem Adenauer wollte in den Londoner Empfehlungen einen Rückschritt in vergangene Zeiten erkennen, indem er diese als Diktat deklarierte.<sup>32</sup> Er sprach sich für eine Beteiligung deutscher Politiker an den Beratungen aus und lehnte die Empfehlungen insgesamt ab. Gemeinsam mit Adolf Süsterhenn reiste er am 17. Juni 1948 nach Hannover, um die SPD für sein Anliegen zu gewinnen. Die SPD, vertreten u. a. durch Erich Ollenhauer, gab Adenauer zu verstehen, dass sie seine ablehnende Haltung gegenüber den Empfehlungen teile. Die deutschen Parteien sollten jedoch für sich und nicht gemeinsam, wie es Adenauer wünschte, votieren.<sup>33</sup> Bezüglich der Staatsgründung zogen Adenauer und Ollenhauer an einem Strang. Beide sprachen sich für eine Stärkung der großen Parteien aus. Auch wollten sie die Macht der Ministerpräsidenten zugunsten der zentralen Macht einschränken.<sup>34</sup>

### 3. Die Frankfurter Dokumente

Diese Dokumente waren das Ergebnis langwieriger Beratungen der Sechsmächte-Konferenz in London und wurden den Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder am 1. Juli in Frankfurt von den alliierten Militärgouverneuren übergeben. Die Länderchefs erhielten den Auftrag, dazu Stellung zu beziehen. Um die Brisanz dieser alliierten Empfehlungen für Deutschland zu verstehen, soll auf sie näher eingegangen werden.

Insgesamt handelte es sich um drei Dokumente. Das erste beinhaltete die Aufforderung an die Länderchefs, eine Verfassungsgebende Versammlung einzuberufen. In ihr sollte eine demokratische und föderative Verfassung ausgearbeitet werden. Sie sollte in angemessener Weise die Rechte der Länder schützen, ebenfalls die der Zentralregierung. Vor allem sollten auch die Grund- und Menschenrechte Berücksichtigung finden. Dokument zwei befasste sich mit der Revision der Ländergrenzen, Dokument drei mit dem Besatzungsstatut.<sup>35</sup>

Gleich zu Beginn des Dokumentes 1 wurde unmissverständlich darauf hingewiesen, dass die Alliierten die alleinige Autorität innehaben. Sie wiesen die Ministerpräsidenten der Länder an, eine Verfassungsgebende Versammlung bis spätestens 1. September 1948 einzuberufen. Die Abgeordneten dieser Versammlung unterlagen einem Wahlmodus, der von den Ministerpräsidenten vorgeschlagen, von den Militärgouverneuren jedoch gebilligt werden musste. Aufgabe der Versammlung war es, eine «demokratische Verfassung» auszuarbeiten. Die zu schaffende Regierungsform müsste föderalistisch sein. Dabei wurde nicht genau auf die Art des Föderalismus eingegangen. Schon daraus war ersichtlich, dass die Alliierten wohl die Marschrichtung vorgaben, nicht aber ins Detail gingen. Die demokratische und föderalistische Regierungsform sollte so beschaffen sein, dass sie «die gegenwärtig zerrissene deutsche Einheit» überwinden konnte; die Macht zwischen zentraler Regierung und Länder ausgewogen sein. Vor allem müssten «die Rechte der beteiligten Länder» geschützt und eine «angemessene Zentralinstanz» geschaffen werden. Die Machtzuteilung ist also recht allgemein gehalten, wenn auch im Besonderen auf die Rechte der Länder insistiert wurde. Diese seien zu schützen. Zentrale Aussage dieses Dokumentes waren die «Garantien der individuellen Rechte und Freiheiten».

32 Adenauer, Erinnerungen, S. 140 ff.

33 Ebd.

34 Friedhelm Hufen/ Andreas Ziegler, Vor 60 Jahren: Der Beitrag der Koblenzer Rittersturzkonferenz zum Entstehen des Grundgesetzes, LKRZ 2/2009, Baden-Baden 2009, S. 42 f.

35 Dokumente zur künftigen politischen Entwicklung Deutschlands («Frankfurter Dokumente»), Frankfurt, 1. Juli 1948, in: Wagner, Der Parlamentarische Rat, S. 30–36.

Diese wurden dann auch in der ersten vorläufigen Verfassung der Bundesrepublik Deutschland besonders gewichtet. Sie standen an erster Stelle.

Im Dokument 2 wurden die Ministerpräsidenten beauftragt, die Ländergrenzen festzulegen. Dabei sollten die einzelnen Länder «den überlieferten Formen Rechnung tragen» und in ihrer Größe weder zu klein noch zu groß sein. Diese Vorschläge müssten den Militärgouverneuren und spätestens «zur Zeit der Auswahl der Mitglieder der Verfassungsgebenden Versammlung» zur Annahme vorgelegt werden. Die Änderungen und Belassungen sollten dann in der Verfassung verankert sein.

Die Militärgouverneure würden die Verfassung genehmigen, wenn die oben genannten «allgemeinen Grundsätze [...]» eingehalten werden. Die Verfassung sollte dann in Kraft treten, wenn diese von «von zwei Dritteln der Länder ratifiziert» wurde.<sup>36</sup>

Wie im Dokument 2 traten auch im Dokument 3 Schwierigkeiten in ihrer Auslegung auf. So verlangten die Militärgouverneure, dass folgende Punkte im Besatzungsstatut berücksichtigt werden: 1. Wichtige Aufgaben werden von den Gouverneuren wahrgenommen. Dazu zählen: a) die auswärtigen Beziehungen, b) Kontrolle über den Außenhandel, c) Einfluss auf die Wirtschaft, Politik und Wissenschaft (Internationale Ruhrbehörde, Reparationen, Industrie, Dekartellisierung, Abrüstung, Entmilitarisierung, Forschung), d) effektive Arbeit der Besatzungsstreitkräfte, e) Beachtung verfassungspolitischer Grundsätze. 2. Volle Ausübung alliierter Machtbefugnisse. 3. Durchführung alliierter Kontrollen. Diese bezogen sich auf die Verfassung, auf alliierte Beschlüsse oder Anweisungen, auf die «Beobachtung, Beratung und Unterstützung der föderativen Regierung und Länderregierungen bezüglich der Demokratisierung des politischen Lebens» sowie sozialer Angelegenheiten.<sup>37</sup>

Wie wurden nun die Dokumente in Deutschland aufgenommen? Eine erste Erwiderung gab es vom Deutschen Büro für Friedensfragen am 5. Juli 1948.<sup>38</sup> Sie handelte zum einen von grundsätzlichen Aussagen und zum anderen von Stellungnahmen zu den drei Dokumenten.

An grundsätzlichen Aussagen wurden herausgestellt: 1. Die fehlende deutsche Mitarbeit an den Dokumenten, 2. Die Einheit Deutschlands, 3. Das Verhältnis zwischen Potsdamer Abkommen und Londoner Abkommen (Sechs-Mächte-Konferenz), 4. Offene Fragen zur Sicherheit, zur Ruhrkontrolle und zum territorialen Gefüge.<sup>39</sup>

Das erste Dokument rief dazu auf, die deutsche Einheit nicht aus den Augen zu verlieren. Eine Entsprechung müsste die föderalistische Regierungsform aufweisen. Es dürfe nichts Endgültiges geschaffen werden, solange Deutschland geteilt ist.<sup>40</sup>

Das zweite Dokument stellte die Neuabgrenzung der Länder zur Diskussion. Dabei sollten die Länder weder zu klein noch zu groß ausfallen. Problematisch sei es, die Länder in ihrer gewachsenen Geschichte unter Berücksichtigung des Bevölkerungswillens zu behandeln. Auch würden sich terminliche Erfordernisse nicht einhalten lassen.<sup>41</sup>

Dokument 3 behandelte das Besatzungsstatut. Vom Büro wurde eine stärkere Einbeziehung deutscher Eigenverantwortlichkeit und Mitarbeit verlangt. Nur dann könnte es zur Wiederherstellung und Gesundung im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich kommen.<sup>42</sup>

Sowohl die Frankfurter Dokumente als auch deren Analyse durch das Deutsche Büro für Friedensfragen griffen vier wichtige Punkte auf: das Gebot der deutschen Wiedervereinigung, die Installation der Demokratie mit föderalistischen Strukturen, den politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sozialen Anspruch seitens der Alliierten, die alliierten Zugeständnisse an deutsche Behörden und Einrichtungen.

36 Ebd., S. 30 ff.

37 Ebd.

38 Denkschrift des Deutschen Büros für Friedensfragen zu den Frankfurter Dokumenten, Stuttgart, 5. Juli 1948, in: Wagner, Der Parlamentarische Rat, S. 36–59.

39 Ebd., S. 36–41.

40 Ebd., S. 41–43.

41 Ebd., S. 43–49.

42 Ebd., S. 49–59.

Die Frankfurter Dokumente wurden teilweise recht allgemein formuliert. Das bezieht sich auf die Regierungsform und auf die deutsche Frage. Zwischen Zentralregierung und Ländern wurde keine Eindeutigkeit gegeben. Welche Macht sollten die Länder erhalten, welche die Zentralinstanz? Welcher Schutz war für die Länder vorgesehen, welcher für die Zentralinstanz? Die Antwort darauf mussten deutsche Politiker und Verfassungsrechtler sowie deren Instanzen selbst geben. Allerdings lagen ihre Antworten in der Obhut der Alliierten, die ihre Zustimmung oder auch Ablehnung gaben. Gleichwohl wurde deutschen Einrichtungen ein Ermessensspielraum zugestanden. Dieser bot genügend Handlungsvielfalt innerhalb der alliierten Anweisungen und Gebote. So sollte den Ländern eine «angemessene Zentralinstanz» gegenüberstehen. Was könnte darunter zu verstehen sein? Trotz der Gewichtung, die den Ländern zukommen sollte, musste die Zentralregierung arbeitsfähig sein und die Geschicke Deutschlands in rechte Bahnen lenken. Zum Wohle der Bevölkerung und zum Zusammenhalt der Länder.

Für die USA war von Anfang an eine funktionsfähige und stabile Wirtschaft ausschlaggebend. Diese würde dann auch eine politische und soziale Stabilität nach sich ziehen und letztendlich auch die Teilung Deutschlands überwinden können.<sup>43</sup> Ähnlich dachten auch die Briten, die Amerika zuarbeiteten.

Angesichts der sich verhärtenden politischen Lage zwischen den Großmächten seit der Londoner Außenministerkonferenz 1947 und des Wandels von der Bi- zur Trizone stimmten die Franzosen zu, der Machtausdehnung der UdSSR zu widerstehen.

Wagner stellte die Frage, ob die Frankfurter Dokumente die «Geburtsurkunde der Bundesrepublik Deutschland» signalisierten.<sup>44</sup>

Auch wenn die Westalliierten nicht aufhörten, immer wieder zu bekräftigen, die deutsche Frage nicht aus den Augen zu verlieren<sup>45</sup>, trafen sie dennoch zielgerichtete Vorkehrungen zur Westintegration der BRD. Bereits vor der Übergabe der Frankfurter Dokumente an die Ministerpräsidenten wurde das durch die Trumandoktrin und den Marshallplan sehr deutlich. Die machtpolitische Konfrontation der beiden Großmächte USA und UdSSR war spätestens 1948 unumkehrbar:

«Drei Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war damit der in Potsdam eingeleitete Versuch, einen weltweiten friedlichen Ausgleich zwischen den Großmächten herbeizuführen, in eine unmittelbare machtpolitische Konfrontation umgeschlagen. [...] In diesem sich verschärfenden Ost-West-Spannungsgefüge mußte Deutschland zu einem strategisch bedeutsamen Faktor werden.»<sup>46</sup>

Sowohl für die USA als auch für die UdSSR. Beide Großmächte gaben in ihren Zonen die Marschrichtung vor. Die USA verlangten eine demokratische und föderalistische Staatsordnung mit persönlichen Grundrechten für jedermann, die UdSSR eine sozialistische mit ideologisch geprägter systemimmanenter Ausrichtung. Beide Marschrichtungen ließen sich nicht auf einen Nenner bringen, so dass es auch nicht zu erfolgsversprechenden innerdeutschen Verhandlungen auf der Münchner Ministerpräsidenten-Konferenz 1947 kam. Gefordert waren von nun an die Ministerpräsidenten der westlichen Zonen. Sie schlossen sich erstmals zonenübergreifend zusammen, gleich einer «Nationalelf», die im Team handelt.<sup>47</sup>

43 Politische und verfassungsrechtliche Neugestaltung Deutschlands, in: Wagner, Der Parlamentarische Rat, S. XI–XIII. Dass die Wirtschaft in der Bundesrepublik im nicht unerheblichen Maße mithalf, die deutsche Teilung zu überwinden, wurde spätestens 1989 sehr deutlich. In Folge setzte ein Strom auf westdeutsche Güter ein. DDR-Bürger begnügten sich von nun an nicht mehr mit dem Trabi, mit der Schwalbe sowie MZ, sondern ereiferten den Besitz eines VWs oder einer anderen Westmarke. Das ungebremste Verlangen nach Westgütern zeigte sich in allen wirtschaftlichen Bereichen. Die Wirtschaft bereitete so den vehementen Anspruch auf Freiheit vor, auf ein selbsterfülltes Leben ohne ideologische Verbrämung staatlicher Einflussorgane.

44 Wagner, Der Parlamentarische Rat, S. XXV.

45 Ebd., S. 30–36./ General Lucius D. Clay äußerte sich gegenüber dem Länderrat der amerikanischen Zone am 4.11.1947: «Es sei das Ziel der amerikanischen Politik, die Einheit des gesamten deutschen Volkes sicherzustellen.» (Protokoll der Sitzung des LR der amerikanischen Zone, Stuttgart, 4.11.1947. BA Z 1/26, Bl. 66 f., zit. n. Wagner, Der Parlamentarische Rat, S. XII.).

46 Wagner, Der Parlamentarische Rat, S. XII.

47 Gerald Koll, Eine Nationalelf entdeckt den Teamgeist. Die Rittersturzkonferenz im Juli 1948 wird zur Sternstunde der Ministerpräsidenten, in: <http://www.archivdatenbank.lha.de/fix/left.html>.



Ihr Auftrag war eindeutig und unumkehrbar: Bildung einer westdeutschen Verfassung, eine mögliche Änderung der Ländergrenzen und Festschreibung ihrer Wünsche im Besatzungsstatut.<sup>48</sup>

## 4. Entscheidung für Koblenz

«Koblenz – Stadt an Rhein und Mosel», so betitelten die Blätter zum Land Rheinland Pfalz einen kurzen Aufsatz über Koblenz.<sup>49</sup> Zu Beginn des Aufsatzes fällt die Abbildung des Koblenzer Schängels auf, «eine Verballhornung des französischen Namens Jean, der in der Koblenzer Mundart zu Schang wurde.»<sup>50</sup> Der Schängel galt als Schimpfname für Kinder von französischen Besatzern mit deutschen Frauen und rührte aus der Zeit zwischen 1794–1814 her, als die Franzosen Koblenz besetzt hatten. Ausser von Franzosen wurde die Stadt im Laufe ihrer Geschichte von Römern, Franken, Russen, Preußen und Amerikanern besetzt. Mit ausschlaggebend für deren Besetzung war die strategische Bedeutung der Stadt. Rhein und Mosel fließen hier zusammen. Ihr Name rührte von der Belagerung der Römer her. Als castellum apud Confluentes hatten sie dort ihr Militärlager.<sup>51</sup> Nicht nur nach dem Ersten, sondern auch nach dem Zweiten Weltkrieg war Koblenz in französischer Hand. Im Juli 1945 übernahmen gemäß der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz die Franzosen die Besetzung von Koblenz. Bis Mai 1950 war die Stadt Landeshauptstadt von Rheinland-Pfalz. Gegründet wurde das Land nach einem Erlass des französischen Generals Koenig 1946.<sup>52</sup>

Um eine gemeinsame Antwort auf die Frankfurter Dokumente zu geben, wählten die westdeutschen Ministerpräsidenten als Tagungsort Koblenz. Damit unterstrichen sie zugleich die Bedeutung der französischen Zone unter den drei westlichen Zonen und signalisierten ein gestärktes Auftreten gegenüber der Sowjetmacht. «Der Tagungsort Koblenz war von ihnen bewusst gewählt, um die bis dahin weitgehend isolierte französische Besatzungszone den Ländern der Bizone anzunähern.»<sup>53</sup>

Wie andere Städte (z. B. Düsseldorf, Köln, Frankfurt, Kiel) auch, war Koblenz nach Kriegsende weitgehend zerstört. Zerstörte Wohnungen prägten das Stadtbild. Grenzelose Armut und quälender Hunger bestimmten den Alltag. Vom 8. bis zum 10. Juli 1948 wurde Koblenz Austragungsort von immenser politischer Tragweite: Elf Ministerpräsidenten berieten über das Schicksal Deutschlands. Auf dem Rittersturz fanden sie für drei Tage zusammen. Der Legende nach sollte sich dort der Ritter Heinrich aus Liebeskummer vom Felsvorsprung gestürzt haben.<sup>54</sup>

Noch heute erinnert ein Denkmal an die Rittersturz-Konferenz. Dabei handelt es sich um eine dreigliedrige Stele, die die drei Besatzungszonen symbolisiert und seit dem 8. Juli 1978 im Südwesten außerhalb der Stadt auf einem überhöhten Felsvorsprung steht. Dort befand sich auch das Hotel Rittersturz.

48 Francesco Roberg, Die Koblenzer Rittersturzkonferenz vom Juli 1948. Ein Meilenstein auf dem Weg zur Bundesrepublik Deutschland (Rheinland-Pfalz. Blätter zum Land 2/2008), in: <http://www.politische-bildung-rlp.de>.

49 Monika Storm, Koblenz – Stadt an Rhein und Mosel. (Rheinland Pfalz. Blätter zum Land 3/10) in: <http://www.politische-bildung-rpl.de>.

50 Ebd. S. 1.

51 Ebd.

52 Ebd., S. 8.

53 Hufen/Ziegler, Vor 60 Jahren, S. 43.

54 Die Recherche zu dieser Legende ergab keine genaueren Hinweise. Auch der Name des Ritters wird nicht immer genannt, geschweige denn Zeitangaben. Dass der Name des Hotels auf die Legende zurückgeht, gilt als gewiss.



(1) Denkmal auf dem Rittersturz

© Verfasser



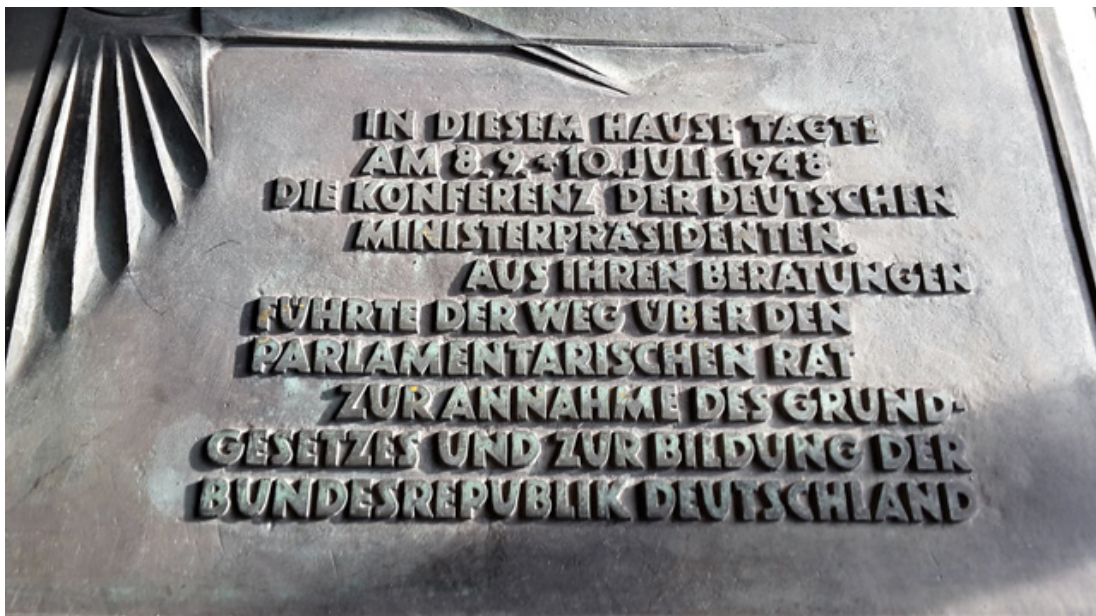
(2) Denkmal auf dem Rittersturz

© Verfasser





(3) Berghotel Rittersturz  
© Verfasser



(4) platte  
© Verfasser

Am 1. Juli 1948 hatte der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Peter Altmeier, seine Kollegen in dieses Hotel, das schon seit 1891 bestand, eingeladen. Als «stark frequentiertes Ausflugslokal»<sup>55</sup> wurde es 1904/05 erweitert. Zum Hotel führte seit 1928 eine Seilbahn von 408 Metern Länge hinauf. Aus bautechnischen Gründen wurde die Seilbahn bereits 1960 stillgelegt, das Hotel 1974 abgerissen.<sup>56</sup>

Als die Ministerpräsidenten am 7. Juli 1948 anreisten, «war das Wetter bei Koblenz trübe».<sup>57</sup> Eine Entsprechung zum Wetter war auch der Zeitgeist jener Tage:

«Elf Ministerpräsidenten reisten durch Deutschland im Jahre Null [...]. Ein männlicher Erwachsener aus Köln wog Mitte 1946 durchschnittlich 51 Kilogramm – mit sinkender Tendenz. Der kalte Gestank saß in den Lumpen, in den Leibchen, in der Lunge. Lucky Strikes galten als Allheilmittel. Dunkle Trauben auf den Straßen: Kippensammler, Hungernde mit Messern um verendete Pferde. Wenig Kartoffeln, wenig Eier gab es in der Stadt, im Sonderangebot: Misstrauen. Durfte man es schüren? Sollten die Ministerpräsidenten dafür geradestehen, wenn nach der Brotration nun auch Deutschland halbiert wurde?»<sup>58</sup>

Dem hielt der Ministerpräsident Peter Altmeier entgegen:

«Es ist ein in mehrfacher Hinsicht bedeutsames Ereignis, dass die Konferenz der Ministerpräsidenten der westdeutschen Besatzungszonen gerade in Koblenz, der Hauptstadt des Landes Rheinland-Pfalz, stattfindet. Darin dokumentiert sich zunächst in besonders sprechender Form die Tatsache, dass nunmehr alle drei Zonen, neben der amerikanischen und englischen zum erstenmal auch die französische Zone, als eine Einheit erscheinen.»<sup>59</sup>

Weiter argumentierte Altmeier, dass gerade der abendländische Gedanke (christliche Kultur) am Rhein von jeher besondere Beachtung und Ausdruck gefunden, der Einheit Deutschlands und der deutsch-französischen Annäherung und Freundschaft gedient habe.<sup>60</sup> Wie Rhein und Mosel in Koblenz zusammenfließen, so müsste das Verbindende auch in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht geschehen. Koblenz symbolisiere eine neue «Zukunft unseres Landes im Rahmen der Gemeinschaft aller freien und gesitteten Völker Europas und der Welt».<sup>61</sup>

Zum 40. Jahrestag der Rittersturz-Konferenz vertrat Bernhard Vogel, Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, die Meinung, dass in Koblenz die Fundamente für die Bundesrepublik Deutschland geschaffen worden seien.<sup>62</sup>

Diese These soll im nächsten Kapitel, das Verlauf und Ergebnis der Koblenzer Konferenz aufzeigt, überprüft werden.

55 Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz (Hrsg.), Rittersturz-Konferenz. Konferenz der Ministerpräsidenten elf westdeutscher Länder im Hotel Rittersturz bei Koblenz vom 8. bis 10. Juli 1948. Katalog zur Ausstellung aus Anlaß des 40. Jahrestages 1988, Koblenz 1988, S. 18.

56 Ebd.

57 Koll, Teamgeist, S. 14.

58 Ebd.

59 Peter Altmeier, Im Zeichen des Stroms, Der Westen. Organ der christlich-demokratischen Union, Nr. 53, 9. Juli 1948, in: Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz (Hrsg.), Rittersturz-Konferenz, S. 77.

60 Ebd.

61 Ebd.

62 Ebd., S. 6.

## 5. Die Antwort der Ministerpräsidenten an die Westalliierten

Die Ministerpräsidenten der westlichen Länder und die Oberbürgermeisterin von Westberlin erwartete vom 8. bis zum 10. Juli auf dem Rittersturz in Koblenz ein schwieriges Programm. Die Teilnehmer wurden vom MP Peter Altmeier eingeladen und erhielten von der Landesregierung Rheinland-Pfalz folgende Unterlagen: Eine gelbe Mappe mit den Empfehlungen der Londoner Sechsmächte-Konferenz und den Frankfurter Dokumenten I–III sowie statistisches Material zur deutschen Bevölkerung und eine violette Mappe mit Pressestimmen. Ihr Weg durch die zerbombte Stadt Koblenz hinauf zum Rittersturz war mühsam. Dort erwartete sie ein großzügiges Hotel mit einem Ausblick, der von den Spuren des Krieges zeugte. Sie mussten sich vor allem mit den Frankfurter Dokumenten auseinandersetzen. Entsprechend waren ihre programmatischen Punkte: Am ersten Verhandlungstag fanden eine allgemeine politische Aussprache sowie Einzelaussprachen über die Dokumente I bis III statt. Bevor es dazu kam, sprach der Ministerpräsident Peter Altmeier zu den Eingeladenen.

Anwesend waren für Baden Staatspräsident Dr. Leo Wohleb (CDU), Bayern Ministerpräsident Dr. Hans Ehard (CSU) und seine fünfköpfige Delegation, Berlin Oberbürgermeisterin Louise Schroeder (SPD), Bremen Senatspräsident und Bürgermeister Wilhelm Kaisen (SPD) und seine zweiköpfige Delegation, Hamburg erster Bürgermeister Max Brauer (SPD) und seine dreiköpfige Delegation, Hessen Ministerpräsident Christian Stock (SPD) und seine zweiköpfige Begleitung, Niedersachsen Ministerpräsident Hinrich Wilhelm Kopf (SPD) in Begleitung von Ministerialdirigent Dr. Justus Danckwerts, Nordrhein-Westfalen Ministerpräsident Karl Arnold (CDU) und seine dreiköpfige Delegation, Rheinland-Pfalz Ministerpräsident Peter Altmeier (CDU) und seine fünfköpfige Begleitung<sup>63</sup>, Schleswig-Holstein Ministerpräsident Hermann Lüdemann (SPD) und seine zwei Begleiter, Württemberg-Baden Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier (DVP-FDP) und seine dreiköpfige Delegation, Württemberg-Hohenzollern Staatspräsident Lorenz Bock (CDU) und seine vierköpfige Delegation. An der Konferenz nahmen weiter rheinland-pfälzische Beamte teil, die für Organisatorisches zuständig waren. Auch Delegationen der größeren Parteien waren zur Konferenz gekommen, aber nicht als Teilnehmer zugelassen. Sie erhielten lediglich einen Beobachter-Status. U. a. waren es Konrad Adenauer (CDU) und Erich Ollenhauer (SPD). Den einzelnen Teilnehmern wurde eine bestimmte Sitzordnung zugewiesen. Diese folgte mit Ausnahme von Rheinland-Pfalz, das den Vorsitz führte und zentral positioniert war, dem Alphabet.<sup>64</sup>

Im Besonderen begrüßte Peter Altmeier die Oberbürgermeisterin von Westberlin Louise Schroeder und bekundete seine Verbundenheit mit der Stadt Berlin. Gleiches gelte auch für alle Konferenzteilnehmer. Weiter hob Altmeier hervor, dass durch die Wahl des Konferenzortes ein gemeinsamer Geist der Zusammengehörigkeit vorherrsche: «Was alle uns eint, ist dieselbe Liebe, die gleiche Treue, dasselbe Vaterland.»<sup>65</sup> Das wollte er auch bei den Ländern des Ostens erkennen und war davon überzeugt, dass sie «in das neue deutsche Haus» eines Tages mit einziehen werden.<sup>66</sup>

63 Darunter befand sich auch Dr. Adolf Süsterhenn (CDU), Justiz- und Kultusminister. Konrad Adenauer, der für die Beratungen auf der Konferenz nicht zugelassen war, lediglich als Beobachter fungierte, wohnte während der Konferenzzeit im Hause von Süsterhenn. Es dürfte sehr wahrscheinlich gewesen sein, dass Süsterhenn seinen Parteifreund Adenauer genauestens über Konferenzverlauf und Inhalte informierte.

64 Teilnehmer der Konferenz und deren Sitzordnung, in: Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz (Hrsg.), Rittersturz-Konferenz, S. 21–23.

65 Konferenz der Ministerpräsidenten der westdeutschen Besatzungszonen, Koblenz (Rittersturz), 8. – 10. Juli 1948, in: Wagner, Der Parlamentarische Rat, S. 62.

66 Ebd., S. 63 f. Damit meinte Altmeier die Länder der sowjetischen Besatzungszone.



An die Begrüßungsrede Altmeiers schloss sich eine Besprechung zu den Verfahrensfragen der Konferenz an: Rederecht, Reihenfolge der Beratung der drei Frankfurter Dokumente, Kommissionsbildung etc.<sup>67</sup>

Es folgte eine allgemeine politische Aussprache unter den anwesenden Teilnehmern. Darin wurden die länderspezifischen Sichtweisen zu den Dokumenten dargelegt. Die Delegierten hatten dabei verfassungspolitische, wirtschaftliche, geografische und begriffliche Aspekte aufgeworfen. In dieser allgemeinen Aussprache ging es um eine erste gemeinsame Auseinandersetzung mit den Frankfurter Dokumenten. Auch um das Verhältnis der Deutschen zu den Alliierten und um die Länder des Ostens bzw. der Ostzone. Es sollte gewährleistet sein, dass auf der Grundlage der freiheitlichen Rechte Deutschland als Ganzes zusammenkommt. Die Westzonen sollten durch Einbeziehung der französischen Zone von der Bi- zur Trizone gestärkt werden. Auch wurde die Frage nach den Ländergrenzen im Rahmen der alliierten Vorgaben aufgeworfen und diskutiert sowie das Besatzungsstatut. Trotz länderspezifischer Sichtweisen, zeigte sich eine gemeinsame Haltung zu den Menschenrechten und zum Votum eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen Ländern und zentraler Regierung.<sup>68</sup>

Auf die allgemeine Aussprache folgten die Einzelaussprachen (Kommissionen). Zunächst zum Dokument II, I und dann III. In diesen Einzelaussprachen wurden u. a. die Kommissionsbildungen zu den einzelnen Dokumenten festgelegt. Anschließend berichteten die Kommissionen über ihre Ergebnisse. Zu diesen bezogen dann die Teilnehmer Stellung. Dabei wurde auch die Teilnahme von Parteivertretern an den Beratungen diskutiert. Die Teilnehmer hatten dazu unterschiedliche Vorstellungen. Die einen würden das befürworten, die anderen ablehnen. Zu letzteren gehörte auch der Vorsitzende der Konferenz Peter Altmeier. Ohne Ergebnis wurde die Frage nach der Teilnahme der Parteivorsitzenden vertagt. Am 3. Verhandlungstag stand der Bericht über den Austausch mit den alliierten Verbindungsoffizieren im Vordergrund. Altmeier teilte den Anwesenden mit, dass er inzwischen die Stellungnahmen zu den drei Dokumenten den Verbindungsoffizieren der drei Generäle übergeben habe. Dabei traten seitens der Offiziere Bedenken zu den Formulierungen, vor allem auch zu Dokument I auf. Zudem wurden von ihnen Bedenken zur Veröffentlichung der Dokumente geäußert.<sup>69</sup>

Am dritten Verhandlungstag ging es um die Formulierung der Begleitnote zu den Dokumenten und um die Schlussansprachen von Kaisen und Altmeier. Wie Kaisen hob auch Altmeier das Verbindende und die Gemeinschaft sowie Solidarität, die von Koblenz ausgehe, hervor: «Lassen Sie mich die Konferenz schließen mit dem herzlichen Wunsche, daß unsere Beschlüsse Land und Volk und darüber hinaus der friedlichen Zusammenarbeit mit unseren Nachbarvölkern zum Segen gereichen.»<sup>70</sup>

Das Ergebnis der dreitägigen Konferenz findet sich in «der Antwortnote der Ministerpräsidenten der westdeutschen Besatzungszonen an die Militärgouverneure» vom 10. Juli 1948.<sup>71</sup>

Gleich zu Beginn dieser Note wurde die Frage nach der zukünftigen Staatsform des westdeutschen Staates aufgeworfen und mitgeteilt, dass das deutsche Volk an der Umsetzung der Frankfurter Dokumente «schöpferisch» mitarbeiten möchte. Es sei daran interessiert, für die «jeweils mögliche[ ] höchste [ ] territoriale[ ] Stufe» zu votieren. Der zu schaffende westdeutsche Staat müsse provisorischen Charakter haben. Weiter müsse alles vermieden werden, was die Kluft zwischen «West und Ost» vergrößern könnte. So könnte es einen Volksentscheid auch erst dann geben, wenn das gesamte deutsche Volk diese Möglichkeit erhalte. Das sei aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich. Deshalb sollte auch erst dann eine «Verfassung» geschaffen werden, wenn das deutsche Volk wieder vereint wäre.<sup>72</sup>

67 Ebd., S. 64–67.

68 Ebd., S. 68–86.

69 Ebd., S. 86–138.

70 Ebd., S. 142.

71 Antwortnote der Ministerpräsidenten der westdeutschen Besatzungszonen an die Militärgouverneure mit Stellungnahme zu den Frankfurter Dokumenten, Koblenz, 10. Juli 1948, in: BA Z 12/15, Bl. 141–152, zit. n. Wagner, Der Parlamentarische Rat, S. 143–150.

72 Ebd., S. 143 f.

Zur Frage nach der Veränderung der Ländergrenzen sei davon auszugehen, dass sie dem föderativen Prinzip genüge und eine endgültige Lösung einer eingehenden Prüfung bedürfe, wobei diese den «Gesichtspunkt der Gestaltung von leistungsfähigen und ausgewogenen Ländern» auch für das «geeinte Deutschland» einzubeziehen habe.<sup>73</sup>

Das Besatzungsstatut sollte eine klare rechtliche Regelung zum Ausdruck bringen. Sowohl die Rechte der Alliierten als auch die Rechte der Deutschen müssten eindeutig voneinander abgegrenzt sein. Das Statut sollte möglichst schnell in Kraft treten und die «deutschen Organe» weitgehend eigenverantwortlich arbeiten lassen, das gelte vor allem für den Aussenhandel sowie für die internationale Ruhrbehörde. In Folge wäre es auch erforderlich, von Mal zu Mal selbständiger arbeiten zu können. Wünschenswert wäre auch die Aufhebung des Kriegszustandes. Ausserdem würden die Ministerpräsidenten gerne ihre Gedanken in den beigelegten Anlagen mündlich erläutern und alles tun, was «dem Frieden der Welt und der Einheit eines freien und demokratischen Deutschlands dienlich sein kann».<sup>74</sup>

Diesem einleitendem Anschreiben an General L. Clay sind in der Anlage explizit Stellungnahmen der Rittersturz-Konferenz zu den drei Frankfurter Dokumenten beigelegt.<sup>75</sup>

Bereits zu Dokument 1 wird deutlich, dass die Ministerpräsidenten den ihnen erteilten Vollmachten grundsätzlich Folge leisten wollen. Dabei sollten die «Einberufung einer deutschen Nationalversammlung und die Ausarbeitung einer deutschen Verfassung»<sup>76</sup> bis zur Einigung Deutschlands zurückgestellt werden. Stattdessen ein Parlamentarischer Rat ins Leben gerufen werden, der das Grundgesetz ausarbeitet. Die Länderregierungen könnten ihre Mitwirkung im Parlamentarischen Rat in Entsprechung der alliierten Vorschläge wahrnehmen. Sowohl die Volksvertretung als auch die «aus den Landtagen gewählte Vertretung»<sup>77</sup> würden ihre demokratischen Aufgaben erfüllen und vor Verkündung des Grundgesetzes die Genehmigung der Militärgouverneure einholen.

Die Stellungnahme der Ministerpräsidenten zum Dokument II ist sehr knapp gehalten. Eine Überprüfung der Ländergrenzen sei zweckmäßig und notwendig. Das gelte vor allem für die Länder im Südwesten Deutschlands. Es ließe sich jedoch nicht sofort durchführen, sondern nach einer sorgfältigen Untersuchung, die dann im Parlamentarischen Rat unterbreitet werde.

Zum Dokument III unterbreiteten die Ministerpräsidenten Leitsätze für ein Besatzungsstatut. Diese gliedern sich in 6 Abschnitte.

Zu I: Es soll eine wirtschaftliche und administrative Einheit für Deutschland geschaffen werden. Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung müssten sich an den Vorgaben des Besatzungsstatuts orientieren. Vorbehalte seitens der Besatzungsmächte dürften sich allein auf die Notwendigkeiten, die der «Sicherheit der Verwirklichung der Besatzungszwecke»<sup>78</sup> dienen, beziehen. Diese könnten in der «Kontrolle», «Überwachung», «Beobachtung, Beratung und Unterstützung» bestehen. In I,5 werden die Besatzungszwecke genannt. So zum Beispiel die ungetrübte Arbeit der Besatzungstruppen, die Gewährleistung einer demokratischen Ordnung, die Entmilitarisierung und das Beibringen vertraglicher Verpflichtungen Deutschlands. Auswärtige Angelegenheiten würden unter Mitwirkung deutscher Vertretungen unmittelbar von den Alliierten wahrgenommen. Weiter wurden die Maßnahmen der Besatzungsmächte präzisiert. So würden sie sich aus der Verantwortung der Alliierten gegenüber Deutschland ergeben. Kontrolliert würden auch deutsche Reparationsverpflichtungen, die deutsche Industrie, Dekartellisierung, Abrüstung, Entmilitarisierung, Forschung. Dagegen sei die internationale Ruhrbehörde nicht Thema des Statuts.

Deutsche Gesetze sollten dort ihre Beschränkung oder gar Aufhebung finden, wo Besatzungszwecke gefährdet seien.

73 Ebd., S. 145.

74 Ebd., S. 146.

75 Ebd., S. 146–150.

76 Ebd., S. 146.

77 Ebd., S. 147.

78 Ebd., S. 148.

Die Alliierten könnten die Demokratisierung innerhalb der Politik und Gesellschaft beobachten, beraten und unterstützen.

Die Unabhängigkeit und «Universalität der deutschen Rechtspflege wird anerkannt».<sup>79</sup>

Die Gerichtsbarkeit der Alliierten beschränke sich auf das eigene Umfeld. Für Rechtsstreitigkeiten zwischen Besatzer und Deutschen seien «gemischte Gerichte» zuständig.<sup>80</sup>

Im zweiten Abschnitt werden Grund- und Menschenrechte gewährleistet, sowohl von deutschen Behörden als auch von den Besatzungsmächten.

Um «Natural- und Dienstleistungen» geht es im dritten Abschnitt. Diese müssten sich an den Bedürfnissen der Besatzer orientieren, verhältnismäßig sein, auf ein Jahr im voraus und unter Mitarbeit deutscher Behörden festgesetzt werden.

In IV wird die zu erbringende Reparationsleistung genannt. Diese müsse transparent sein und die Beteiligung deutscher Behörden mit einschließen.

Der Abschnitt V führt «Schieds- und Vergleichsstellen» an. Bei unterschiedlicher Auslegung des Statuts sollten sie den Streit schlichten.

VI zeigt die Machtausübung der Militärgouverneure auf. Eine Wiederaufnahme dürfte nur als «Notmaßnahme» geschehen.<sup>81</sup>

Mit dieser Antwortnote an die Militärgouverneure war General L. Clay unzufrieden. Das zeigte sich vor allem in einer am 14. Juli in Frankfurt angesetzten Besprechung der Ministerpräsidenten der amerikanischen Besatzungszone mit ihm. Clay sprach von einer verpassten Chance: Mit ihren Koblenzer Beschlüssen hätten die Ministerpräsidenten «eine goldene Chance verpasst».<sup>82</sup> Clay habe in London um die Souveränität Deutschlands gekämpft: «Ich habe in London wochenlang mit den Franzosen und Engländern um die Anerkennung der deutschen Souveränität im Rahmen eines Weststaats gekämpft.»<sup>83</sup> Er wünschte sich, dass die Deutschen mehr Verantwortung übernähmen und auf diesem Wege zu sich selbst finden und von Mal zu Mal selbständiger werden würden. Das aber sei durch die Koblenzer Beschlüsse für die nächste Zeit vertan worden. Mit ihrer Antwort hätten die Ministerpräsidenten den Franzosen zugearbeitet. Diese wollten, dass Deutschland geschwächt werde. Auch hätten sie den Russen Trümpfe in die Hand gegeben. Sie könnten nun jederzeit argumentieren, dass nicht die Deutschen den Weststaat wollten, sondern allein die Amerikaner. Auch machte Clay die momentane politische Brisanz deutlich: «Sie haben also mit ihren Entschlüssen Ihre wirklichen Helfer und Freunde, die Amerikaner, brüskiert. Sie haben den Franzosen die gewünschte Gelegenheit gegeben, die mühsam erkämpfte Position im Westen wieder zu verschleppen, Sie haben den Russen einen Trumpf in die Hand gegeben.»<sup>84</sup> In besonderer Weise zeigte er sich aber über die Deutschen enttäuscht. Er habe den Deutschen Vollmachten zukommen lassen, die diese gar nicht wollten.

Vom 14. Juli bis zum 26. Juli wurde durch die Koblenzer Beschlüsse ein Prozess in Gang gesetzt, der die Wogen zwischen den Alliierten und den westdeutschen Ministerpräsidenten glätten sollte. Es fanden zwischenzeitlich Konferenzen auf dem Jagdschloss Niederwald und in Frankfurt statt, bis es in Frankfurt am 26. Juli 1948 endgültig zur Einigung kam.

Diese Konferenz, die um 15:00 Uhr begann und um 17:55 Uhr endete, wurde von General Koenig geleitet.<sup>85</sup> Nach Aufforderung Koenigs trugen die westdeutschen Ministerpräsidenten ihre Antwort zu den Frankfurter Dokumenten vor. Der Ministerpräsident Stock (Hessen) sprach im Namen der anderen

79 Ebd., S. 149.

80 Ebd.

81 Ebd., S. 150.

82 Aufzeichnung einer Besprechung der Ministerpräsidenten der amerikanischen Besatzungszone mit General Clay in Frankfurt am 14. Juli 1948, in: StA Bremen, 3B 10 d Nr. 44 [37] Akte I, zit. n. Wagner, Der Parlamentarische Rat, S. 151.

83 Ebd.

84 Ebd., S. 152 f.

85 Schlusskonferenz der Militärgouverneure mit den Ministerpräsidenten der westdeutschen Besatzungszonen in Frankfurt, 26. Juli 1948, BA Z 12/8, Bl. 170–179, zit. n. Wagner, Der Parlamentarische Rat, S. 273–282.

Präsidenten und betonte, dass zum Dokument 1 der Ministerpräsident Arnold (Nordrhein-Westfalen) und zum Dokument 2 der Ministerpräsident Lüdemann (Schleswig-Holstein) Auskunft geben würden. Zum Dokument 3 wollten die Ministerpräsidenten noch nichts sagen. Sie seien jedoch überzeugt, dass es heute zu einer einheitlichen Auffassung kommen werde. Arnold führte aus, dass das Grundgesetz auf einer sehr breiten demokratischen Grundlage fußen müsste und nicht etwa durch ein Referendum, sondern durch die Abgeordneten der Landtage legitimiert werden sollte. Beim Referendum bestünde die Gefahr, dass das Grundgesetz von Kommunisten unterlaufen werde. Danach erörterte Lüdemann die Frage nach der Überprüfung der Ländergrenzen und griff dabei zwei Fragen der Militärgouverneure auf. Zum einen seien sie nach der Notwendigkeit der Überprüfung der Ländergrenzen gefragt, zum anderen zu deren Änderungsvorschlägen. Beide Fragen bejahten sie. Schwieriger verhalte es sich, für die Grenzänderungen einen genauen Termin zu nennen. Der von den Militärgouverneuren genannte Zeitpunkt im September sei zu knapp bemessen. Darauf erwiderte General König, dass er dafür Verständnis aufbringe, jedoch davon die Regierungen der drei Besatzungsmächte informieren müsste. Das bedeute aber keine Ablehnung. Die Frage «der Benennung des Grundgesetzes mit der erwähnten Paranthese [vorläufige Verfassung]»<sup>86</sup> sei für die Alliierten von geringerer Bedeutung. Weiter äußerte sich König zum Referendum und machte deutlich, dass auch dieser Punkt keine Ablehnung nach sich ziehe. Darauf antwortete Stock, dass diese Konferenz alle Beteiligten ein gutes Stück näher gebracht habe. Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates würden durch die Landtage gewählt. Einigkeit herrsche ebenso über den Begriff «Grundgesetz». In der Frage des Referendums würden die Ministerpräsidenten den alliierten Entscheidungen folgen. Die Bitte nach Verlängerung des Zeitpunktes hinsichtlich der Ländergrenzen sei ebenfalls zufriedenstellend gelöst worden.<sup>87</sup>

Das Kommunique vom 26.7.1948 hält dann auch fest, dass es keine unterschiedlichen Standpunkte mehr gebe. Somit könne «die Organisation der drei Zonen auf der Basis der Londoner Übereinkommen» sofort umgesetzt werden. Weiter heißt es im Kommunique: «Das endgültig erzielte Übereinkommen über dieses wichtige Problem hat die größte Genugtuung bei den Ministerpräsidenten und Militärgouverneuren ausgelöst.»<sup>88</sup>

Während die Militärgouverneure und die Ministerpräsidenten auch nach dem 26.7.1948 Einigkeit im gemeinsamen Vorgehen demonstrierten, zogen sich die Verhandlungen zur Grenzänderung der Länder und zum Besatzungsstatut noch eine Zeit lang hin. Mit der Aufnahme der Arbeit des Parlamentarischen Rates am 1.9.1948 sollten die Vorgaben der Frankfurter Dokumente mehr und mehr Gestalt annehmen. Die Marschrichtung vom 26.7.1948 stand also fest. Nun ging es um eine detaillierte Ausgestaltung. Darauf wies der Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz in seiner Rede zur Eröffnung des Parlamentarischen Rates am 1.9.1948 hin:

«Die Aufgabe dieser Versammlung besteht darin, in der Form eines Grundgesetzes für einen Teil Deutschlands eine vorläufige verfassungsmäßige Neuordnung zu schaffen, aus der für die beteiligten Länder eine Regierungsform des föderalistischen Typs hervorgehen soll, die am besten geeignet ist, die gegenwärtig zerrissene deutsche Einheit schließlich wieder herzustellen, und die Rechte der beteiligten Länder schützt, eine angemessene Zentralinstanz schafft und Garantien der individuellen Rechte und Freiheiten enthält.»<sup>89</sup>

Zum Besatzungsstatut gab es bis in den April 1949 hinein keine klare Linie unter den Alliierten. Erst am 12. Mai 1949 wurde das Besatzungsstatut verkündet.<sup>90</sup> Im Parlamentarischen Rat wurde dann auch nach Vorgaben der Besatzungsmächte die Neugliederung der Länder vorgenommen.<sup>91</sup>

86 Ebd., S. 279.

87 Ebd., S. 281.

88 *Frankfurter Rundschau*, 27.7.1948, zit. n. Wagner, Der Parlamentarische Rat, S. 282.

89 Rede des Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz zur Eröffnung des Parlamentarischen Rates, Bonn, 1. September 1948, in: BA Z 5/126, Bl. 180–181, zit. n. Wagner, Der Parlamentarische Rat, S. 416.

90 Wagner, Der Parlamentarische Rat, S. LXIX–LXXII.

91 Ebd., S. LXI–LXIX. Vgl. auch die Sitzungen der Planungsgruppe des Ausschusses zur Überprüfung der Ländergrenzen am 3. August 1948, am 4. August 1948 und die Besprechungen von Mitgliedern des Ausschusses zur Überprüfung der Ländergrenzen mit alliierten Verbindungsoffizieren, Frankfurt, 5. August 1948, in: BA Z 12/66, Bl. 56–59, Bl. 60–66, 12/10, Bl. 36–39, zit. n. Wagner, Der Parlamentarische Rat, S. 291–318.



## 6. Der Einfluss Adenauers auf das Konferenzergebnis

Zur Zeit der Rittersturzkonferenz hatte Adenauer bereits einflussreiche politische Ämter inne und war Bürgermeister von Köln und Vorsitzender der CDU in der Britischen Zone. Schon als Beigeordneter der Stadt Köln ab dem Jahre 1906 und als Bürgermeister ab 1917 nahm er teil am gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben seiner Stadt. Verschiedene Ämter, die er seit 1906 innehatte, ermöglichten ihm, sich über seine Stadt hinaus einen Namen zu machen. So als Präsident des Preußischen Staatsrates 1921, seiner Wahl zum Vorsitzenden der CDU und zum Präsidenten des Parlamentarischen Rates 1948.

Als Parteivorsitzender prägte er die Christlich-Demokratische Union und sah sich in der Verpflichtung, das Geschick Deutschlands mitzuprägen. So auch bei der Rittersturz-Konferenz in Koblenz. Nicht die Parteivorsitzenden der großen Volksparteien sollten aber diese Konferenz bestimmen, sondern allein die Ministerpräsidenten der westlichen Bundesländer nach Maßgabe der Westalliierten. Die Vertreter der Parteien waren lediglich als Beobachter zugelassen, nicht aber als Teilnehmer. Adenauer war während der Konferenztag vor Ort und wohnte bei seinem Parteifreund Adolf Süsterhenn. Dieser nahm regelmäßig an der Konferenz teil. Dass Süsterhenn seinen Freund Adenauer über Verlauf und Ergebnisse der Konferenz informierte, dürfte wohl unumstritten sein. Inwieweit Adenauer jedoch auf die Konferenz Einfluss nehmen konnte, dürfte weit schwieriger zu beantworten sein. Denn darüber gibt es keine Aufzeichnungen, weder in der Primär- noch in der Sekundärliteratur. Wie Erich Ollenhauer sah auch Adenauer seine Führungsrolle als Parteistrategie durch die Arbeit der Landespolitiker gefährdet und äußerte seine Ungeduld zu Ende der Konferenz missmutig mit den Worten: «Sind die Zaunkönige denn immer noch nicht fertig?»<sup>92</sup> Die CDU mit ihrem Vorsitzenden Adenauer forderte vor Beginn der Rittersturzkonferenz von den Ministerpräsidenten, dass diese sowohl die Öffentlichkeit als auch die Parteien berücksichtigen:

«Zur Konferenz der Ministerpräsidenten mit den Militärgouverneuren der drei Westzonen fordern maßgebende Kreise der CDU in Köln in einer Erklärung, daß die Ministerpräsidenten keine politische Entscheidung fällen, ohne vorher von der Meinung der deutschen Öffentlichkeit und insbesondere der Parteien Kenntnis genommen zu haben. Man scheine der Meinung zu sein, daß eine gewisse Zugänglichkeit der Ministerpräsidenten gegenüber ihren Militärgouverneuren nicht zu vermeiden sei.»<sup>93</sup>

Um die Frage nach dem Einfluss der CDU und Adenauers auf die Rittersturzkonferenz beantworten zu können, müsste zunächst die politische Positionierung Adenauers beantwortet und dann mit dem Ergebnis der Konferenz verglichen werden. Wie schon zu Beginn seiner politischen Laufbahn dachte und agierte Adenauer pragmatisch. Vor allem unterschied er dabei Wesentliches von Unwesentlichem. Wie schon zur Zeit der Weimarer Republik wurde er auch nach 1945 «zu einem entscheidenden Motor des parteipolitischen Anfangs».<sup>94</sup> Adenauer ließ sich vom christlichen Menschen- und Weltbild inspirieren:

«Das nun zu schaffende Gemeinwesen sollte den Gesetzen von Recht und Sittlichkeit unterworfen sein, die Grundsätze der christlichen Ethik sollten erneuert werden, die Würde und die Freiheit des Einzelnen gegen überzogene Machtbefugnisse des Staates wiederhergestellt werden. Das christliche Menschenbild und die moralischen und rechtlichen Grundsätze, die sich vom Naturrecht, von der christlichen Ethik und von der abendländischen Kultur ableiteten, sollten in Zukunft das politische Leben bestimmen.»<sup>95</sup>

92 50 Jahre Rittersturz-Konferenz, S. 145.

93 *Kölnische Rundschau*, 2. Juli 1948, CDU: «Nicht ohne deutsche Öffentlichkeit», zit. n. 50 Jahre Rittersturz-Konferenz, S. 144.

94 Marie Luise Recker, Konrad Adenauer. Leben und Politik, München 2010, S. 30.

95 Recker, Adenauer, S. 31.

Frühzeitig richtete Adenauer seinen Blick auf die Verwirklichung parlamentarischer und demokratischer Strukturen. Der Staat sollte föderal<sup>96</sup> sein, wobei die Zentralinstanz handlungsfähig sein musste. Einen zentralistischen Staat lehnte Adenauer ab und erinnerte ihn an das Berlin zur Kaiserzeit und zur Weimarer Republik. Auch sprach er sich vehement für eine Westorientierung und -integration aus. Das war ihm wichtiger als eine schnelle und mit möglichen Nachteilen behaftete Wiedervereinigung. Die Vereinigten Staaten von Amerika waren ihm dafür ausschlaggebender Garant. Die Sowjetunion dagegen die Verkörperung von Unfreiheit. Voller Misstrauen begegnete er somit zeitlebens dem Kommunismus. Als Parteipolitiker und mehr noch als Bundeskanzler prägte Adenauer nicht nur die CDU, sondern vor allem auch das Nachkriegsdeutschland. Der Wiederaufbau, die Soziale Marktwirtschaft, Westbindung und europäische Integration waren ihm wichtiges Anliegen. Die Wiedervereinigung ging er mit Augenmaß an und machte diese von aussenpolitischen Gegebenheiten abhängig.

«Es wird Sie vielleicht überraschen, wenn ich Ihnen sage, daß die Frage der deutschen Wiedervereinigung nicht die entscheidende Frage ist. Die entscheidende Frage in der Welt ist die Spannung zwischen den kommunistischen und nichtkommunistischen Ländern unter Führung der Vereinigten Staaten.»<sup>97</sup>

Und damit behielt Adenauer Recht. Nach Beilegung des Kalten Krieges kam dann auch die Wiedervereinigung.

Adenauers Politik findet sich auch in den Koblenzer Beschlüssen wieder. Wenn er an diesen auch nicht stimmberechtigt mitwirkte, kann sein Einwirken darauf nicht vollends ausgeschlossen werden. Adenauer lehnte zunächst einmal die Frankfurter Dokumente, die aus der Londoner Sechsmächte-Konferenz hervorgingen, strikt und vehement ab. Demgegenüber zeitigte das Ergebnis der Koblenzer Beschlüsse folgende Grundsätze:

«1) Die Frankfurter Dokumente sollten angenommen werden. Damit war die wichtigste Entscheidung zunächst gefallen. 2) Die Schaffung eines westdeutschen Staates wurde jedoch abgelehnt. Die Einberufung einer Nationalversammlung kam für die Ministerpräsidenten in Anbetracht der Teilung Deutschlands keinesfalls in Frage. 3) Die Neuumschreibung der Ländergrenzen wurde als eine rein innerdeutsche Angelegenheit betrachtet, die ohne ein Mitwirken der Alliierten geklärt werden sollte. 4) Der Entwurf eines Besatzungsstatuts wurde ebenfalls abgelehnt, da er den Besatzungsmächten zu viele Sonderrechte auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet vorbehielt.»<sup>98</sup>

Obwohl sich General Clay über diese Beschlüsse enttäuscht und verärgert zeigte, kam es bereits kurz danach zu einer Annäherung der differierenden Standpunkte.<sup>99</sup> Dabei kann der parteipolitische Aspekt nicht ausser Acht gelassen werden. Vor allem Adenauer war es wichtig, sich für eine klare Westorientierung des zukünftigen deutschen Staates auszusprechen, wie auch schon nach dem Ersten Weltkrieg. Er erkannte frühzeitig die Spannungen zwischen beiden Weltmächten und warnte vor den Russen, die Deutschland insgesamt beherrschen wollten. In dieser Einschätzung kam er den Amerikanern und Briten sehr nahe. Ferner sprach er sich für die Schaffung eines westdeutschen Staates aus, ohne dabei den Blick einer zukünftigen Wiedervereinigung aus den Augen zu verlieren. Damit ging er auf die Bedenken der Ministerpräsidenten in Koblenz ein und kanalisierte diese als Parteivorsitzender und späterer Bundeskanzler. Auch stimmte er der Schaffung eines Parlamentarischen Rates zu, dessen Präsident er wurde. Wie schon 1918/19 war er sehr darauf bedacht, die Länder neu zu regulieren. Nicht ein Land sollte bestimmend sein. Preussen sollte mithin seine beherrschende Stellung verlieren. Das Rheinland aufgewertet werden, das Besatzungsstatut die Kompetenzen zwischen Alliierten und Deutschen festsetzen, wobei der Einflussbe-

96 «Deutschland war immer ein föderalistischer Staat. Bei uns ist also der Begriff der Föderation etwas Natürliches und Selbstverständliches, wie den Amerikanern auch.» Hanns Jürgen Küsters, Adenauer. Teegespräche 1959–1961, Berlin 1986, S. 389, hg. v. Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz.

97 Hanns Jürgen Küsters, Adenauer. Teegespräche 1959–1961, Berlin 1986, S. 5, hg. v. Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz.

98 Michael F. Feldkamp, Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Die Entstehung des Grundgesetzes, Göttingen 2008, S. 28.

99 Ebd., S. 34 ff.

reich Deutschlands wachsen sollte. In geschickter Weise verstand es Adenauer, die problematischen Punkte der Koblenzer Beschlüsse sowohl für die Westalliierten als auch für Deutschland zu befrieden. Es kam zur Gründung eines westdeutschen Staates und zur Westintegration. Die Option zur Wiedervereinigung wurde formal und faktisch durch begriffliche Umschreibungen wie «Parlamentarischer Rat», «Vorläufige Verfassung» immer wieder herausgestellt. Damit wurde letztendlich auch den Forderungen der Alliierten entsprochen. Wenn Adenauer die Ministerpräsidenten auf der Koblenzer Konferenz als «Zaunkönige» titulierte, dann geschah das in gewollter Weise. Er stellte diese wesensähnlich mit den Zaunkönigen als laut, aber dennoch klein und bedeutungslos dar. Damit demonstrierte er jedoch auch seinen Anspruch und Einfluss als Parteipolitiker auf die Gestaltung des Nachkriegsdeutschlands.

## 7. Mediale Aufmerksamkeit

Heutzutage steht den Menschen eine Flut von Medien zur Verfügung. Fernsehen, Radio, Zeitungen konkurrieren miteinander. Das Smartphon bestimmt und regelt den Alltag. Das Internet lässt sich nicht mehr wegdenken. Es herrschen eine Informations- und Unterhaltungsfülle vor. Das war jedoch nach 1945 in Deutschland anders. Rundfunk und Zeitungen wurden lizenziert, sowohl in der sowjetischen als auch in den westlichen Besatzungszonen. Das Fernsehen, geschweige denn das Internet, gab es noch nicht. Während der Besatzungszeit bestimmten die Alliierten das Mediengeschehen. Es diente zur Information und zur Unterhaltung nach den jeweiligen Vorstellungen der Besatzungsmächte. Während die Sowjets recht früh die Medien ideologisierten und parteipolitisch lenkten, erhielten diese in den Westzonen eine erzieherische Funktion im Sinne einer demokratischen Ausrichtung und Umerziehung. Während Amerikaner und Briten in ihren Zonen die Medien weniger streng kontrollierten, war das in der französischen Zone anders. Hier wurde engmaschig lizenziert.

Im Juli 1948 gab es also Lizenzzeitungen. Wie bei diesen verhielt es sich ähnlich mit dem Rundfunk. Beide Medien wurden von den Alliierten gelenkt und kontrolliert. Der politische Einfluss dieser Medien auf die deutsche Bevölkerung dürfte jedoch gering gewesen sein, zumal nur wenige Bürger Zeitungen bezogen. Wohl aber Radio hörten. Zumeist als willkommenen und unbeschwerten Zeitvertreib. Auf politische Informationen wurde in der Regel verzichtet. Zeitungen nach 1945 bis hin zur Pressefreiheit 1949 wuchsen dennoch ständig an. Im Folgenden soll die Bedeutung weniger Zeitungen auf die Rittersturzkonferenz berücksichtigt werden: «Der Westen», «Kölnische Rundschau», «Allgemeine Zeitung, Hauptausgabe mit Wirtschaftsblatt», «Allgemeine Zeitung, Neuer Mainzer Anzeiger».



Abb. 5: Informationstafel auf dem Rittersturz  
© Verfasser

«Der Westen», ein Organ der christlich-demokratischen Union, brachte auf seiner Titelseite einen Aufsatz vom Ministerpräsidenten Peter Altmeier. Dieser Aufsatz trägt die Überschrift «Im Zeichen des Stromes» und ist vom 9. Juli 1948 datiert. Darin begrüßte Altmeier, dass die Rittersturzkonferenz in Koblenz stattfindet. Dadurch werde unter den Alliierten mit einer Stimme gesprochen:

«Regierung und Landtag von Rheinland-Pfalz haben im Verlaufe der politischen Entwicklung des letzten Jahres keine Gelegenheit versäumt, aufgrund von klaren und eindeutigen, einstimmig von allen den westlichen demokratischen Gedanken bejahenden Parteien gefassten Resolutionen den Zusammenschluss der französischen Zone mit den Ländern der Bizone zu fordern.»<sup>100</sup>

Von diesem Zusammenschluss erhoffte sich Altmeier eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, die vor allem der hungernden Bevölkerung zugute komme. Auch erinnerte Altmeier an die deutschen Bürger in der sowjetischen Zone und an die Zusammengehörigkeit aller Deutschen in «Form einer staatlichen Vereinigung».<sup>101</sup> Dazu sei vor allem das Rheinland «als Wiege der europäischen christlichen Kultur» berufen und verpflichtet. Auch schlage es eine Brücke zu Frankreich. Von den Beratungen und Entscheidungen der Konferenz in Koblenz würde das Schicksal Deutschlands abhängen. Als Ergebnis wünschte sich Altmeier eine «Gemeinschaft aller freien und gesitteten Völker Europas und der Welt».<sup>102</sup> Ähnlich wie Altmeier gewichtete auch der Redakteur der Kölnischen Rundschau in seinem Leitartikel die Koblenzer Konferenz. Die Ministerpräsidenten seien einmütig und geschlossen zur schöpferischen Mitarbeit bereit. Altmeier habe gemeinsam mit den anderen Ministerpräsidenten «das Beste» für das deutsche Volk in einer konstruktiven Beziehung zu den westlichen Besatzern erreichen können. Eine Änderung der Ländergrenzen müsste «von dem Bestreben bestimmt sein, für das geeinte Deutschland eine innerstaatliche Gliederung zu schaffen».<sup>103</sup> Deshalb komme vorerst auch keine Nationalversammlung in Frage, sondern der Parlamentarische Rat, der für die Verabschiedung des Grundgesetzes zuständig sei. Die «Allgemeine Zeitung» vom 2. Juli 1948 behandelte dagegen die Frankfurter Konferenz vom 1. Juli 1948.<sup>104</sup> Der Artikel trägt die Überschrift «Historischer Tag» und geht auf die Übergabe der Frankfurter Dokumente an die Ministerpräsidenten der Westzonen ein. Damit werde mit Entschiedenheit darauf hingewiesen, dass Deutschland wieder in Freiheit seine Angelegenheiten erledigen solle. «Gefühle der Trauer» zeigten sich, dass der zukünftige westdeutsche Staat die Ostzone noch nicht einbeziehen könne. Das aber sei eine «unerbittliche Notwendigkeit».<sup>105</sup> Kritik werde lediglich in den Einzelheiten der Dokumente geübt. So zum Beispiel in der zu schaffenden Verfassung, die «von einer Verfassungsgebenden Nationalversammlung» beschlossen werden solle. Dass letztendlich die Besatzungsmächte die Verfassung genehmigen, sei eine «nicht unverständliche Vorsichtsmaßnahme». Auch werde damit der Wille der deutschen Bevölkerung nicht übergangen. Bedenklich sei jedoch die Zahl der Abgeordneten in der Verfassungsgebenden Versammlung. Die geringe Zahl von sechzig Abgeordneten könnte den anfallenden Aufgabenbereich kaum bewältigen.<sup>106</sup>

Insgesamt zeigt dieser Artikel wenig Kritik an den Frankfurter Dokumenten. Vielmehr wird deutlich, das bislang von den Westalliierten Geschaffene zu würdigen. Das gilt sowohl für den vorläufigen Verzicht der deutschen Einheit als auch für die Entstehung des Grundgesetzes und den westdeutschen Staat.

100 *Der Westen. Organ der Christlich-Demokratischen Union, 2. Jahrgang Nr. 53*, zit. n. Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz (Hrsg.), Rittersturz-Konferenz, S. 77.

101 Ebd.

102 Ebd.

103 *Kölnische Rundschau, 3. Jahrgang Nr. 54*, zit. n. Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz (Hrsg.), Rittersturz-Konferenz, S. 76.

104 «*Allgemeine Zeitung. Hauptausgabe mit Wirtschaftsblatt*», Nr. 98 v. 2.7.1948, in: Landeshauptarchiv Koblenz (LHAKo), 714, 5174, S. 1 f.

105 Ebd.

106 Ebd.



Wie die Hauptausgabe mit Wirtschaftsblatt würdigte auch der «Neue[...] Mainzer Anzeiger» der «Allgemeine[n] Zeitung» den 1. Juli 1948.<sup>107</sup> Der Artikel wurde mit «Westdeutschland» überschrieben und weist ausdrücklich auf den unumkehrbaren Weg Deutschlands sowie auf den «bedeutungsschweren Tag in der deutschen Nachkriegsgeschichte» hin: «Unser Los gestattet es uns nicht, unsere Blicke und Herzen nur nach den Menschen des deutschen Ostens zu richten, nach den Menschen und Gefilden, die unser sind und die unsrigen bleiben werden, was auch kommen mag, – der geschichtlich gewordene Tag verlangt von uns, nach vorwärts zu schauen...»<sup>108</sup> Hier wird noch einmal unterstrichen, dass das deutsche Volk dem Verlangen der Westalliierten gefolgt ist.

## 8. Bedeutung der Konferenz für die Entstehung des Grundgesetzes

Die Koblenzer Konferenz verblasst neben anderen Konferenzen wie z. B. der Londoner Sechsmächte-Konferenz oder der Herrenchiemsee-Konferenz. Zumindest in der Forschungsliteratur.<sup>109</sup> Nichtsdestoweniger muss zurecht die Frage nach ihrer Relevanz für das Grundgesetz gestellt werden.

Auf der Koblenzer Konferenz trafen erstmals die Ministerpräsidenten der drei westlichen Besatzungszonen zusammen, um dem Auftrag der Westalliierten zu genügen. Sie sollten über die Frankfurter Dokumente, Ergebnis der Konferenz in London, beraten und den Alliierten antworten. Die Dokumente waren Gesprächsgrundlage für die von den Westalliierten intendierte Weststaatlösung. Es ging also nicht mehr um die Frage eines vereinten Deutschlands der vier Besatzungszonen, sondern allein um die zukünftige Gestaltung Westdeutschlands. Dieser einzuschlagende Weg hat Vieles nach sich gezogen. Für etliche Jahre wurde dadurch Deutschland nicht nur geteilt, sondern auch unter Führung der USA in den Westen integriert. Mehr noch: Es war die Nahtstelle zwischen zwei Großmächten und Pufferzone des Kalten Krieges. Das sollte für die nächsten Jahrzehnte schwerwiegende Folgen haben. Es herrschte Furcht unter den Menschen beider Welten, dass der Kalte Krieg zu unmittelbaren kriegerischen Handlungen führen konnte (Volksaufstand 1953/ Aufstand in Ungarn 1955/ Mauerbau 1961/ Kuba-Krise 1962/ Prager Frühling 1968). Für die Bürger der Westzonen und der Ostzone, ab 1949 BRD und DDR, gab es beträchtliche Einschnitte und Beschränkungen in den zwischenmenschlichen Beziehungen. Welche politischen Schritte waren dafür verantwortlich? Wie so oft in der Geschichte kamen mehrere Punkte zusammen, die den prozessualen Weg vorzeichneten. Als unter den Alliierten mehr und mehr Schwierigkeiten auftraten, zogen es die Westalliierten unter Federführung der USA vor, gemeinsam mit den Benelux-Staaten den Weg für die westlichen Zonen zu weisen (Londoner Sechsmächte-Konferenz 1948). Daraus leiteten sich die Londoner Empfehlungen ab, die dann als Frankfurter Dokumente den Ministerpräsidenten zur verpflichtenden Stellungnahme vorgelegt wurden. Diese stimmten der Annahme der Frankfurter Dokumente generell zu, brachten aber wichtige Korrekturen ein.<sup>110</sup> Das Besatzungsstatut wurde allgemein begrüßt. Stellte es doch die Beziehungen zu den Alliierten auf eine klare Grundlage. Die Länderneugliederung sollte bis auf den Südwesten nicht sofort, sondern später verhandelt werden. Der Einwand hinsichtlich einer gesamtdeutschen Berücksichtigung durfte nicht außer Acht gelassen werden. Zum Dokument 1 bereiteten die Verfassungsfrage und die Staatsgründung den Ministerpräsidenten nicht unerhebliche Kopfschmerzen. Statt einer Staatsgründung einigte man sich auf ein Provisorium und unterstrich damit die noch fehlende Staatseinheit. Statt Verfassung wurde der Begriff des Grundgesetzes vorgezogen. Auch sollte nicht eine Verfassungsgebende Versammlung, sondern ein

107 «Allgemeine Zeitung. Neuer Mainzer Anzeiger», Nr. 55 v. 2.7.1948, in: LHAko, 714, 5174, S. 2 f.

108 Ebd.

109 Hufen/ Ziegler, Vor 60 Jahren, S. 41.

110 Ebd., S. 41–47.

Parlamentarischer Rat das Grundgesetz ausarbeiten. Mit diesen Änderungen wichen die Ministerpräsidenten nicht unerheblich von den Inhalten der Frankfurter Dokumente ab.<sup>111</sup> Die Entscheidungen der Koblenzer Konferenz wurden von den Alliierten, vor allem von den Amerikanern, zunächst einmal abgelehnt, in den späteren Nachfolgekonferenzen jedoch angenommen. Damit hat die Konferenz in Koblenz die wesentlichen Grundlagen zur vorläufigen Verfassung bzw. zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland geschaffen. Dass diese Grundlagen gerade in der französischen Zone erstritten wurden, kam in der Folgezeit der deutsch-französischen Aussöhnung zugute. Selbst nach der Einigung am 3.10.1990 sind die Grundpfeiler der Koblenzer Entscheidungen unverkennbar: Grund- und Menschenrechte, ein ausgewogenes föderales System, eine gesamtdeutsche Verfassung auf der Grundlage des ehemaligen Grundgesetzes. Hufen und Ziegler sehen das Vermächtnis der Rittersturz-Konferenz in einer stabilen Demokratie: In der «Ermöglichung einer pragmatischen Verfassungsentstehung und Verfassungsentwicklung, aber auch [in der] Wahrung der föderativen Grundstruktur.»<sup>112</sup> Was die Ministerpräsidenten in Koblenz ständig und mit Nachdruck angemahnt hatten, wurde im Provisorium der vorläufigen Verfassung bereits in der Präambel festgeschrieben und seither immer wieder herausgestellt: Das Verlangen nach der gesamtdeutschen Einigung in Gleichheit, Freiheit und Gerechtigkeit.

## 9. Fazit und Ausblick

Die Rittersturz-Konferenz ist Ausdruck des Kalten Krieges und unmittelbare Folgeerscheinung westallierter Maßnahmen. Bereits auf der Konferenz der Ministerpräsidenten aller vier Zonen in München wurde die Diskrepanz zwischen den Westzonen und der Ostzone deutlich. Die ostzonalen Ministerpräsidenten wollten vornehmlich über die Einheit Deutschlands verhandeln. Als sich dieser Wunsch nicht realisieren ließ, reisten sie ohne Ergebnis ab. Damit zeichnete sich schon am 6./7. Juni 1947 «das Ende der Existenz Deutschlands als Einheit»<sup>113</sup> ab. Ein letzter Versuch, über die Zukunft Deutschlands zu sprechen, stellte die Außenministerkonferenz der vier Besatzungsmächte in London vom 25. November bis zum 15. Dezember dar. Auch diese Konferenz blieb ohne Ergebnis. Danach gingen sowohl die Westmächte als auch die UdSSR getrennte Wege und versuchten primär ihre Politik zu stabilisieren. USA, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Niederlande und Luxemburg kamen vom 23. Februar bis zum 2. Juni 1947 in London zusammen, um über die Weststaatlösung zu beraten. Am 20. März verließ der sowjetische Marschall Sokolowski den alliierten Kontrollrat. Damit fanden die interalliierten Gemeinsamkeiten ein endgültiges Ende. Am 1. Juli erhielten die Ministerpräsidenten der westlichen Besatzungszonen in Frankfurt den Auftrag, zu den Vorschlägen der Besatzungsmächte (Frankfurter Dokumente) Stellung zu beziehen. Das geschah dann vom 8. bis zum 10. Juli 1948 in Koblenz. Die Rittersturzkonferenz fand auf dem Hintergrund der fortgeschrittenen politischen und wirtschaftlichen Westintegration statt. Marshallplan, Währungsreform und Luftbrücke förderten diese. Auf die jeweiligen Maßnahmen der Westalliierten folgten jene der Sowjets. Auf die Aktion des Westens die Reaktion des Ostens.<sup>114</sup> Damit schufen und hinterließen die Sowjets den Eindruck, dass allein die Amerikaner mit ihren Verbündeten die Verantwortung für die deutsche Teilung trugen.<sup>115</sup>

Auf der Rittersturz-Konferenz wurden die Frankfurter Dokumente grundsätzlich von den Ministerpräsidenten angenommen. Allerdings unter Einbeziehung wesentlicher Eckpunkte. Die Ministerpräsi-

111 Ebd., S. 44 f.

112 Ebd., S. 47.

113 Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz (Hrsg.), Rittersturz-Konferenz, S. 9.

114 Siehe zum Beispiel Marshallplan, Währungsreform, Wirtschaft, Verfassungen, Bündnissysteme!

115 Peter Ruggenthaler, Josef W. Stalin und Michail S. Gorbatschow: Neue Erkenntnisse zur sowjetischen Deutschlandpolitik 1945–1953 und 1989/90. Vortrag im Rahmen der «Europagespräche» des Instituts für Geschichte der Universität Hildesheim am 18. April 2016, 18:00 Uhr, VHS HI, Riedelsaal.



denten machten deutlich, dass die anvisierte Gründung der BRD provisorischen Charakter habe. Unterstrichen wurde das durch eindeutige Begriffe. Nicht die Verfassungsgebende Nationalversammlung sollte die vorläufige Verfassung ausarbeiten, sondern der Parlamentarische Rat. Die Verfassung erhielt einen eingeschränkten Charakter und wurde begrifflich mit Grundgesetz umschrieben, so dass ihre Vorläufigkeit herausgestellt wurde. Diese Wesenszüge fanden sich dann auch in der Präambel zum Grundgesetz wieder. Der verfassungsrechtliche Auftrag zur Wiedervereinigung war nunmehr Verpflichtung einer jeden deutschen Regierung. In Koblenz wurde auch der Weg der Menschen- und Grundrechte vorgegeben. Ebenfalls die parlamentarische Demokratie, die föderale Struktur, der soziale Rechtsstaat, die freie und soziale Marktwirtschaft. Bundesländer sollten ihre Kompetenzen gegenüber der zentralen Instanz des Bundes wahrnehmen können. Auch durfte kein Bundesland die anderen Länder bevormunden. Es sollte eine ausgleichende föderale Struktur geschaffen werden. Dafür wurden die einzelnen Bundesländer in Anspruch genommen. Vom Besatzungsstatut in den Frankfurter Dokumenten erhofften sich die Ministerpräsidenten eine klare Regelung alliierter und deutscher Zuständigkeiten. Das wollte auch Adenauer, der als Beobachter und Parteivorsitzender der CDU sein ganzes Gewicht in die Waagschale legte. Er kämpfte für eine parlamentarische Demokratie und für eine ausgewogene Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern. Vor allem wollte er ein starkes Westdeutschland in Freiheit. Er erkannte, dass allein eine stabile BRD die Wiedervereinigung ermöglichen konnte. Das aber sollte nach den Spielregeln der BRD gemeinsam mit dem transatlantischen Bündnis und einem vereinten West- und Mitteleuropa geschehen. Sein indirektes Einbringen auf der Rittersturz-Konferenz und später als Präsident des Parlamentarischen Rates haben dafür die Grundlagen geschaffen.

Der Ort der Konferenz wurde bewusst gewählt und trug mit zur interzonalen Einigung und zur Ausöhnung mit Frankreich bei. Die deutsch-französische Freundschaft ab den fünfziger Jahren war vorrangige deutsche Politik. Neben der transatlantischen und israelischen Hin- und Zuwendung. Die Spuren der Rittersturz-Konferenz sind in der deutschen Verfassung somit unverkennbar.

Die Nachfolgekonferenzen im Jagdschloss Niederwald bei Rüdesheim vom 15. bis 16. Juli, vom 21. bis 22. Juli und vom 31. August 1948 sowie die Tagung des Verfassungskonvents auf Herrenchiemsee vom 10. bis 23. August 1948 stützten sich auf die Koblenzer Beschlüsse.

Ausgehend von den Beschlüssen in Koblenz könnten in einer weiteren ergänzenden Untersuchung Fragen zu der Neuordnung der einzelnen Bundesländer sowie zum Besatzungsstatut aufgeworfen und thematisiert werden.

Auf dem Hintergrund politischer, wirtschaftlicher und sozialer Abgründe der Nachkriegsgeschichte haben die Ministerpräsidenten ein Fundament geschaffen, das an Stabilität nie verloren hat:

«[Das Grundgesetz] ist zu einem «dauerhaften Provisorium» geworden und ist der politisch-gesellschaftlichen Integrationsfunktion einer Verfassung gerecht geworden. So wurde auch nach der Wiedervereinigung 1990 von der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat empfohlen, das Grundgesetz mit geringfügigen Änderungen beizubehalten. Dadurch wurde es de facto in den Rang einer Verfassung erhoben, die freilich auch zukünftig nicht von notwendigen Ergänzungen aber auch Veränderungen bewahrt bleiben wird.<sup>116</sup>

116 Feldkamp, Der Parlamentarische Rat 1948–1949, S. 201.